Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die Volksstimme erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonne- und Feiertage. Verantwortlich für die Redaktion: Max Seydewitz, für den Anzeigenteil: Rudolf Kochanski, beide in Halle. — Redaktion: Halle, Gr. Brauhausstr. 17, Fernsprecher Nr. 5407. Sprechstunde nur Dienstag und Freitag vormittags von 11½—12½ Uhr. Redaktionsschluß vormittags 10 Uhr. — Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Bezugspreis: Monatlich 1.25 Mark. Beim Abholen aus einer der Geschäftsstellen 1.15 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 3.75 ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pfg. — Anzeigengebühr: Die 1spaltige Kolonelzeile 40 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle a. S., Große Ulrichstraße 27. — Fernsprecher Nr. 5802. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 139. **Halle, Montag, den 23. Juni 1919.** **5. Jahrgang.**

Es wird Frieden.

Halle, den 23. Juni 1919.

Man kann es jetzt mit aller Bestimmtheit sagen. Keinerlei Zweifel sind mehr möglich und doch löst dieses Wissen nicht die Freude und Befriedigung aus, die es unter anderen Umständen und bei einem anderen Frieden ausgelöst hätte. Wie hatten wir die langen, schrecklichen Kriegsjahre über auf den Augenblick des Friedensschlusses gewartet. Wie hatten wir bei dem Gedanken an Frieden freudig gefiebert, so oft sehnsuchtsvoll und mit gläubiger Freude gesagt: Wenn jetzt Friede wäre, dann ... Und nun ...? Aber doch müssen wir zufrieden sein, daß es so gekommen, daß mit wehem Herzen aber kühlem Kopf der Weg gegangen wird, der in unserer Situation unzweifelhaft der für unser Volk günstigste ist.

Jetzt gehen wir den Weg zum Frieden, nicht durch den Sonnenschein des Lebens führt er. Ein dornenvoller Weg durch finstere Nacht und tiefe Schluchten ist es, und doch haben wir den felsenfesten Glauben,

daß wir wieder zur Sonne kommen,

daß wir nicht verderben können, daß wir einst den Schlamm und Morast, durch den wir waten, von den Gliedern streifen können.

Gewiß, es gibt etwas, woran ein ganzes Volk verzweifeln kann und fatalistisch seine Zukunft dem Zufall und außenstehenden Kräften überläßt. Aber auch etwas anderes gibt es in tiefster Not, etwas weitaus Größeres, der feste Wille zur Selbsterhaltung, zur Selbstbestimmung über das eigene Geschick auch in schwersten Stunden, wo Nerven, Hirn und Herz versagen. So ist es oft beim einzelnen Menschen, so ist es auch bei ganzen Völkern. Wohl jeden hat wohl einmal schon die Verzweiflung sein Sein verdammen lassen und doch ist meist die Verzweiflung durch eine gesunde Reaktion des Lebenswillens überwunden worden und mancher hat dann an helleren Tagen seine Kleingeistigkeit verlacht. Eines allerdings ist, um Herr seiner selbst zu bleiben, vor allem not:

kraftvolle Lebensbejahung,

die wird unser Volk trotzdem und alledem aufbringen. Mit zusammengebissenen Zähnen fügen wir uns jetzt dem, was über unsere Kraft geht, aber unerschütterlich lebt in uns der Eisenwille zum Aufbauen. Wir sehen die Kräfte, die uns nach dieser Prüfungszeit zu besserer Zukunft hinaufführen. Jetzt unterzeichnen wir, aber mit allen Rechts- und Geisteswaffen werden wir für die Revision des Friedensvertrages kämpfen, die Unmöglichkeit des Friedensvertrages, die Undurchführbarkeit wird bei geschickter Ausnutzung moralisch für die Revision wirken.

Am Sonnabend wurde die neue Regierung, das Unterzeichnungskabinett, gebildet, am Sonntag hat es sich der Nationalversammlung vorgestellt und das Ja ausgesprochen. Mit 238 gegen 137 Stimmen hat die Nationalversammlung zugestimmt. Einmütig und geschlossen stand die sozialdemokratische Fraktion hinter der Regierung. Mit 237 gegen 89 Stimmen erhielt die

Regierung ein Vertrauensvotum

und wird arbeitsfähig sein, trotzdem sie auf recht enger Basis gebildet ist. Die Demokraten, die in das erste Kabinett Bauer eintreten wollten, ließen dieses, da ihr törichter Kompromißvorschlag, der in der entscheidungsheischenden Stunde nichts mehr wie ein Narrenspiel war, abgelehnt werden mußte, scheitern und tragen dadurch die Schuld daran, daß kostbare Stunden ungenutzt verstrichen.

Man muß hierbei die Situation bedenken: In der schwersten Stunde keine Regierung, niemand, der zur Erfüllung des Schwersten bereit war, das Land dem Chaos preisgegeben und an den Grenzen den schlagfertigen Gegner, den jede Stunde, die verrann, seinem Wollen näher brachte. Es waren damals nur noch 72 Stunden ... Die Lösung wurde dann ohne die Demokraten gefunden, dem neuen Kabinett gehören 7 Sozialdemokraten und 4 Zentrumsmitglieder an. Sie werden einen schweren Stand haben und Dank soll ihnen das Volk wissen, daß sie in der allergrößten Not nicht klein waren, daß sie den Mut, die größte Verantwortung zu tragen, aufbrachten. Keinen, aber auch gar keinen Grund hat das neue Kabinett, rosig in die Zukunft zu schauen, und Genosse Scheidemann wird sein berühmtes Wort ausgestoßen haben, als er sein Ministerbündel schnürte.

Der 22. Juni, der Tag, an dem das deutsche Volk zu dem Schwersten, was ihm zugemutet wurde,

Ja gesagt hat,

wird für alle Zeiten ein denkwürdiger Tag in unserer Geschichte sein. Nicht zuletzt am Volke wird es liegen, daß er für die Zukunft nicht als schwarzer Tag verbucht werden wird. Der neue Ministerpräsident Bauer hat in seiner Erklärung, in der er das Ja der Regierung zum Ausdruck brachte, noch einmal flammenden Protest gegen all das erhoben, was die brutalen „Sieger" uns glaubten zumuten zu dürfen, und klar hat er, wie auch die im zustimmenden Sinne sich äußernden Fraktionsredner, zum Ausdruck gebracht, daß wir nur mit innerem Widerstreben, nur, weil uns kein anderer Weg bleibt, unterzeichnen. Bauer erklärte ferner, daß wir die Vollmacht zur Unterzeichnung unter Protest in folgender Form geben wollen: „Die Regierung der deutschen Regierung ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei und ohne eine Verpflichtung nach Artikel 227 bis 230 zu übernehmen." (Diese Artikel betreffen die Aburteilung des früheren Kaisers und die Auslieferung anderer deutscher Persönlichkeiten.)

Das ist geschehen und durch den Gesandten Haniel ist in einer Note die Antwort Deutschlands an die Entente (die wir an anderer Stelle abdrucken) gegeben worden. Auf diese Note liegt heute früh bereits die Antwort der Entente vor, die nach Reuter bis Montag abend ohne jegliche Bedingungen nichts anderes als

nur Ja oder Nein

hören will und die vollste Verantwortung von Deutschland nach der Unterzeichnung fordert. Das war zu erwarten; sie können es sich leisten; wir leben noch im kapitalistisch-imperialistischen Zeitalter; nicht das Recht, die brutale Gewalt, die Macht regiert und alle Macht ist in der Hand unserer Feinde. Auch dieser Forderung wird die Regierung entsprechen müssen, aber doch mag den größenwahnsinnigen Herrgöttern von drüben gesagt werden, daß es ein gefährliches Beginnen ist, den Bogen zu überspannen.

Wir kommen jetzt zum Frieden.

Aber froh werden wir nicht werden, froh werden wir erst werden, wenn in dem Entscheidungskampfe zwischen Sozialismus und Imperialismus, den wir nach Friedensschluß mit aller Kraft aufnehmen und fortführen müssen,

der Sozialismus Sieger

geblieben ist und wir zu einem wahren, ehrlichen und dauernden Völkerfrieden gekommen sind.

Die deutsche Ja-Antwort an die Entente.

Weimar, 22. Juni. (WTB.) Der Herr Ministerpräsident hat im Namen der neuen Regierung heute nachmittag durch den Gesandten von Haniel zugleich mit dem Abstimmungsergebnis der Nationalversammlung eine Note überreichen lassen, in der es u. a. heißt:

Die Regierung der deutschen Republik ist durch das am 23. Juni ablaufende Ultimatum vor die Entscheidung gestellt, den Friedensvertrag zu unterschreiben oder die Unterzeichnung zu verweigern. Das deutsche Volk will nicht die Wiederaufnahme des blutigen Krieges. Es will aufrichtig einen dauernden Frieden. Angesichts der leidenschaftlichen Kundgebungen der Bevölkerung aus den im Osten abzutretenden Gebieten sieht sich die Regierung genötigt, alle Verantwortung für alle etwaigen Schwierigkeiten, die aus dem Widerstand der Bewohner gegen ihre Loslösung von Deutschland sich ergeben könnten, abzulehnen. Die Regierung ist aber bereit, die Forderung der Alliierten unter dem nachfolgenden Vorbehalt zu unterzeichnen:

Das deutsche Volk erwartet die Rückgabe sämtlicher deutschen Gefangenen vom 1. Juli ab.

Die Regierung verpflichtet sich, die Friedensbedingungen zu erfüllen, muß aber betonen, daß die Bedingungen das Maß dessen überschreiten, was Deutschland tatsächlich leisten kann und muß daher jede Verantwortung gegenüber den Folgen ablehnen, die über Deutschland verhängt werden könnten, wenn die Ausführbarkeit der Bedingungen auch bei schärfster Anspannung der deutschen Leistungsfähigkeit in die Erscheinung tritt.

Sodann folgt der Vorbehalt wegen der alleinigen Urheberschaft Deutschlands am Kriege und die Ablehnung der Artikel 227 bis 230. Schließlich wird die Erwartung ausgesprochen, daß die feindlichen Regierungen die nachstehende Erklärung als wesentlichen Bestandteil des Vertrages ansehen werden:

Innerhalb zweier Jahre vom Tage der Unterzeichnung des Vertrages ab gerechnet, werden die alliierten und assoziierten Regierungen den gegenwärtigen Vertrag dem hohen Rat der Mächte, so wie er vom Völkerbund nach Artikel 4 eingesetzt ist, zwecks Nachprüfung unterbreiten. Vor diesem hohen Rate sollen die deutschen Bevollmächtigten dieselben Rechte und Vorrechte genießen, wie die Vertreter der anderen kontrahierenden Mächte des gegenwärtigen Vertrages. Dieser Rat soll über die Bedingungen des gegenwärtigen Vertrages entscheiden, die die Rechte der Selbstbestimmung des deutschen Volkes beeinträchtigen, sowie über die Bestimmungen, durch welche die freie gleichberechtigte wirtschaftliche Entfaltung Deutschlands behindert wird.

Es folgt sodann die bereits gemeldete Zustimmungsformel der Regierung.

Vier deutsche Noten an Clemenceau.

Versailles, 22. Juni. Gesandter von Haniel hat im Auftrage des Reichsministeriums heute dem Vorsitzenden der Friedenskonferenz Clemenceau vier Noten zustellen lassen:

1. Eine Note, in der Clemenceau die Zusammensetzung der neuen Reichsregierung mitgeteilt wird.
2. Eine Note, in der das Ergebnis der heutigen Abstimmung in der Nationalversammlung bekanntgegeben wird.
3. Eine Note, in der Herrn Clemenceau zur Kenntnis gegeben wird, daß Staatssekretär von Haniel zeitweilig in die Antwort der Reichsregierung auf die Note des Präsidenten der Friedenskonferenz vom 16. Juni zu übergeben, Erklärungen entgegen zu nehmen und Verhandlungen zu führen.
4. Die in obiger dritter Note erwähnte Antwort der Reichsregierung auf die Note des Präsidenten der Friedenskonferenz vom 16. Juni d. Js. Diese letzte Note ist die Erklärung der deutschen Regierung zur Frage der Annahme der Friedensbedingungen der a. und a. Regierungen.

Die Entente-Gegenantwort.

Nur Ja oder Nein.

WTB. Amsterdam, 23. Juni. Das Reutersche Büro meldet aus Paris, daß Clemenceau, Wilson und Lloyd George auf die deutsche Note, die um 7 Uhr abends eintraf, bereits geantwortet haben in dem Sinne, daß die Zeit für Diskussionen, Einschränkungen und Vorbehalte vorbei ist und die deutschen Vertreter unzweideutig den Friedensvertrag als ganzes, wie er vorliegt, annehmen müssen oder nicht. Nach der Unterzeichnung müssen die alliierten und assoziierten Mächte Deutschland für die Durchführung jeder Bedingung des Vertrages verantwortlich machen.

Bedingungslos Ja.

Berlin, 23. Juni. (Eig. Drahtnachricht.) In der Antwort der Entente wurde von deutscher zuständiger Stelle sofort Stellung genommen. Man ist dahin gekommen, unter dem Druck der Verhältnisse bedingungslos Ja zu sagen.

Zum Losschlagen bereit.

Die militärischen Vorbereitungen für einen Einmarsch der Alliierten werden fieberhaft weitergetrieben. Pioniere stehen am ganzen Rhein entlang in Bereitschaft, um auf das erste Zeichen zum Vormarsch eine größere Anzahl Brücken über den Rhein zu schlagen. Große französische und britische Fliegergeschwader sind bei den Truppen eingetroffen. Im Elsaß und in der Pfalz sind über 200 000 Mann französischer Elitetruppen eingetroffen. Sie sind in unmittelbarer Nähe der Brückenköpfe versammelt.

Stampfer als Leiter des Vorwärts zurückgetreten.

Berlin, 21. Juni. (WTB.) Der bisherige Chefredakteur des Vorwärts, Herr Friedrich Stampfer, ist zurückgetreten. Wie wir hören, ist der Rücktritt in der ganzen ungemütlichen politischen Lage begründet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190623-18/fragment/page=0001

Die neue Regierung.

Das neue Reichsministerium setzt sich wie folgt zusammen:

Präsident des Reichsministeriums: Bauer.
Reichsminister des Auswärtigen: Hermann Müller.
Inneres: Dr. David.
Vertreter des Reichsministerpräsidenten und Reichsminister der Finanzen: Erzberger.
Reichswirtschaftsminister: Wissell.
Reichsarbeitsminister: Schlicke.
Reichsschatzminister: Mayer-Kaufbeuren.
Reichspostminister: Giesberts.
Reichsverkehrsminister und weiter betraut mit der Führung des Reichskolonialamtes: Bell.
Reichswehrminister: Noske.
Reichsernährungsminister: Schmidt.
Reichsjustizminister bleibt offen.

Die Politik Bauers.

Der neue Ministerpräsident sagte kurz nach seiner Berufung:

Ich bin ein ehrlicher Gegner des Gewaltfriedens und habe mein verantwortungsvolles Amt lediglich aus Rücksicht auf das deutsche Volk und besonders auf die deutschen Arbeiter übernommen. Wir werden bestrebt sein, den Frieden ehrlich zu halten, Mißtrauen und Haß zu beseitigen und eine freundschaftliche Verständigung mit den Arbeitern aller Länder zu suchen, weil nur durch internationale Aktion und Verabredung die allgemeine Bedrängnis und Verelendung des Proletariats der ganzen Welt zu mildern ist. Die innere Politik wird in ihren Grundzügen, die interfraktionell unter Wahrung des Einflusses der stärksten Partei, nämlich der Sozialdemokratie, festgelegt sind, unverändert bleiben. Die Ausführung dieses Programms wird jetzt, da die Bahn frei ist und wir mit der wirklichen Arbeit beginnen können, in beschleunigtem Tempo erfolgen.

Die abgetretene Regierung.

Was vorauszusehen war, ist das Kabinett Scheidemann-Erzberger-Dernburg an der Friedensklippe gescheitert. Im Interesse des Volkes konnte das Kabinett nach Bekanntgabe der Friedensbedingungen nicht anders handeln und in Konsequenz dessen mußte es jetzt zurücktreten. Kein Kabinett in Deutschland ist je so beschimpft und bekämpft worden wie das gegenwärtige, aber trotzdem hat es dem Lande und dem Volke recht viel mehr genutzt. Die Hetze von links nannte es nur das „sozialistische" Kabinett, verschwieg wissentlich, daß mehr Bürgerliche als Sozialdemokraten dieser Regierung angehörten und machte unsere Partei für alle die Taten der Regierung, die nicht in sozialistischer Richtung lagen, verantwortlich. Es war ihnen ein billiges Propagandamittel gegen unsere Partei, für ihre Partei und eine Umfrage unter den Anhängern der U. S. P. würde das sonderbare Ergebnis zeitigen, daß nur wenige, außer den Namen Scheidemann, Noske, Landsberg, Wissell, David, Schmidt und Bauer andere Ministernamen nennen können. Es wurde eine bewußt demagogische Parteipropaganda getrieben, zum Schaden des Volkes und des Sozialismus. Verfaßte das Kabinett irgendwie, irgendwo, so war das nicht etwa die Schuld der Koalition, sondern der Sozialdemokraten. Eine solche Aufklärung zieht natürlich bei der gegenwärtigen Oberflächlichkeit Blasen und letzten Endes werden dadurch auch die Unabhängigen, die doch auch Sozialdemokraten oder Sozialisten sein wollen, gewiß nicht profitieren.

Weil eben gerade bei aller Hetze gegen die Regierung nur die Regierungsmitglieder aus unserer Partei im Vordergrund standen, wollen wir nach dem Abtreten des Kabinetts vor allem unseren aus der Regierung ausscheidenden Genossen unsere vollste Anerkennung und wärmsten Dank aussprechen. Sie haben zweifellos Großes während der Zeit ihrer Regierungstätigkeit geleistet. Fest steht, daß sie ein großes persönliches Opfer gebracht haben, als sie in schwerster Zeit, gehässigster Anfeindungen von vielen Seiten gewiß, ihr Amt übernommen haben. Ihr jetziger Entschluß zeigt, daß es keine Phrase war, wenn sie uns so oft erklärt haben, nicht am Amt zu kleben, und daß sie selber die Letzten wären, die aus der schwersten sachlichen Entscheidung eine Personenfrage machen wollten. Ein späteres Geschlecht wird erst so recht ihre Verdienste um das deutsche Volk und den Sozialismus zu würdigen verstehen.

Besonders der Genosse Scheidemann ist es, über dessen Rücktritt die Unabhängigen und ihre Gesolgschaft jubeln. Die ganze Schale ihres persönlichen Hasses gießen sie jetzt über den Mann aus, der ihr gefährlichster Gegner und dem sie nicht das Wasser reichen können. Laßt sie schimpfen, unsere Partei und die Mehrzahl des deutschen Proletariats weiß, was sie an Scheidemann hat. Am Sonnabend schrieb die reaktionäre Hallesche Zeitung, daß Ebert, der Gastwirt a. D., nie ein Leiter des Volkes sein könne, weil er durch Geburt und Tradition nicht dazu berufen sei, und zu gleicher Zeit schreibt die unabhängige Berliner Freiheit, daß Scheidemann keine großen Gesichtspunkte haben konnte, weil er als simpler Provinzredakteur angefangen habe. Wäre Scheidemann in einem Grafenschlosse geboren worden, dann wäre er nach der Freiheit jedenfalls der berufene Diplomat und Politiker. Die Seelenverwandtschaft zwischen den „Radikalen" rechts und links tritt halt überall zutage. Mögen sie schimpfen und schadenfroh jubeln. Kleinlichen Motiven entspringt ihre Schadenfreude, und so kurz wird ihre Freude sein wie ihr Gesichtskreis eng und beschränkt ist.

Die Hoffnung der Reaktion.

Die gesamte rechtsstehende Clique schmunzelt, reibt sich vergnügt die Hände und kann seine Freude kaum bändigen darüber, daß das deutsche Volk jetzt in einer so überaus schwierigen Lage ist. Hätte man jetzt nicht an wichtigere Dinge zu denken und müßte man nicht all sein Sinnen und Trachten darauf richten, wie man am besten das deutsche Volk um all die Lippen herum aus seiner Not herausführt, dann fühlte man sich gewiß oft versucht, mit den Fäusten dreinzuschlagen und die schamlosen „Vaterlandsfreunde" zu züchtigen. Sie haben das deutsche Volk mit ihrer wahnsinnigen Politik in den Teufelskessel geführt, in dem es jetzt schmort, und sollten froh sein, daß man großmütig genug ist und wenig von ihnen spricht. Statt dessen lärmen sie laut, schreien fortgesetzt „Haltet den Dieb" und spotten über die Männer, die in Deutschlands schwerster Stunde den Mut zur Verantwortung haben. Sie freuen sich über die Notlage des deutschen Volkes und hoffen, daß durch die schwierige Situation, daß durch die Erschwernisse, die die durch sie verschuldeten Kriegsfolgen bringen werden, ihr Weizen wieder blühen wird. Darin sind sie eins mit den Extremen von links. Sie glauben, daß nach der unumgänglich notwendigen Unterzeichnung des Friedens die Not des Volkes so drückend werden wird, daß man alle ihre Verbrechen vergessen und sie wieder wie ehemals zur Leitung der Staatsgeschäfte rufen wird.

Schon jetzt geben sie sich alle Mühe, den Unmut gegen die Regierung, die die „ehrlosen" Bedingungen unterschreiben will, zu entfachen und hoffen weiter, daß eine nationalistische Welle sie wieder obenauf bringen wird. Daß sie nicht tatenlos beiseite stehen und für die Erringung der Macht arbeiten, steht fest. Die Berliner Freiheit bringt z. B. Sonnabend einige Meldungen über die „nationalistische Gegenrevolution", in denen gesagt wird, daß Lettow-Vorbeck der Macher der Bewegung sei. Das unabhängige Blatt schreibt: „Wie wir mitteilen können, ist General Lettow-Vorbeck gegenwärtig im Osten mit Eifer dabei, sich eine genügend große Heeresmacht zu sichern, um den geplanten Schlag ausführen zu können. Er wird zwei Heere formieren. Das eine soll gegen Berlin operieren, das andere Polen angreifen. Lettow-Vorbeck ließ nicht den geringsten Zweifel darüber, daß sein Unternehmen sich nicht nur gegen die Entente, sondern ebenso entschieden gegen die Noske-Regierung richtet. Auf keinen Fall will er sich der Entscheidung der Regierung fügen." Es mag ja bei dieser Meldung die Phantasie Pate gestanden haben, fest steht aber jedenfalls und mancherlei handgreifliche Beweise sprechen dafür, daß die Reaktion am Werke ist, um ihre Macht von vorgestern wieder aufzurichten. Wie sagten doch nach Bekanntgabe der feindlichen Friedensbedingungen die alldeutschen Aasgeier: „Wir müssen die Not des Volkes für unsere Partei ausnutzen."

Sie tun das gewiß; aber über den Ausgang werden sie sich wundern. Bei all der Schwere der Friedensbedingungen sieht unser Volk klar, daß die Unterzeichnung das kleinere Uebel ist und daß, wenn wir leben wollen, unterzeichnen müssen. Wenn sie dies Volksvotum umstoßen wollten, dann müßten sie in konsequenter Verfolgung ihres Willens nach Ergreifung der Macht zu neuem Krieg aufrufen — und wird ihr blaues Wunder erleben. Die Reichswehr mag im Sinne der Reaktionäre eine ganz brave Truppe sein, aber zu einem neuen Krieg gegen die Entente, zu hellem Wahnsinn läßt sie sich ganz bestimmt nicht gebrauchen. Sie wird sich wohl hüten, mit verbundenen Augen ins sichere Verderben zu rennen und recht bald mit den „Hasardeuren" Kurzschluß machen. Von dieser Seite ist nicht viel zu befürchten. Wäre die Lage unseres Volkes nicht gar so erbärmlich, so könnte man im Interesse des Sozialismus ein gegenrevolutionäres Experiment im gegenwärtigen Augenblick herbeiwünschen. Es käme mit dem Todeskeim zur Welt und trüge dazu bei, die gegenrevolutionäre Gesellschaft für alle Zeiten unschädlich zu machen.

Aber, aber, die Herren werden nur zu schlau sein, sie werden sich ruhig verhalten und warten, „bis ihre Stunde gekommen" ist. Es sei denn, sie können die Kugel im Lauf nicht mehr halten. Wir jedenfalls können mit allergrößter Ruhe den Beschlüssen von dieser Seite entgegensehen, denn das friedenssehnsüchtige Volk wird mit den „Kriegsgläubigen" recht bald endgültig fertig werden.

Nicht über die Nasenspitze hinaus ...

Im Anschluß an eine Betrachtung über die Friedensfrage schrieb am Freitag das Hallische Weltblatt: „Die Mehrheitssozialisten werden nie lernen, über die Nasenspitze hinauszusehen." Der Satz machte sich in dem unabhängigen Blatte recht schön, glaubt man doch nach dem Verlauf der Friedenspolitik sich selbstbewußt in die Brust werfen zu können: „Wir, ja wir, wir haben es doch gleich gesagt." Solche Weisheit natürlich die reichte über unsere Nasenspitze hinaus. War es schon für unser Volk schädlich, daß die Unabhängigen bereits am 7. Mai schrien: Wir unterzeichnen, so wäre es direkt ein Verbrechen am Volke gewesen, wenn unsere Partei, die ausschlaggebende in Deutschland, sofort mitgebrüllt hätte: Jawohl, was sollen wir lange reden und verhandeln, wir unterzeichnen und sind bereit, alles unbesehen zu schlucken, was ihr uns vorsetzt.

Wie überall im Reiche fanden auch in unserem Bezirke nach Bekanntgabe der Friedensbedingungen Protestversammlungen statt, in denen überall, so auch in Halle, eine Resolution des Bezirksvorstandes angenommen wurde, in der wohl gegen die Erdrosselungsbedingungen schärfster Protest erhoben und das „Unerfüllbar" und „Unerträglich" ausgesprochen wurde, aber von einem „Unannehmbar" keine Rede war. Allerdings „Annehmbar" zu sagen im damaligen Stadium wie die Unabhängigen, das konnten wir gem unseres Volkes willen nicht und unterließen es gern, selbst auf die Gefahr hin, Politiker zu sein, die nicht über ihre Nasenspitze hinaussehen können."

Am Sonnabend schrieb dasselbe Blatt in durchsichtiger Absicht zur gleichen Angelegenheit über den „Bruch bei den Mehrheitssozialisten" und meinte damit, daß die Meinungsverschiedenheiten in der Fraktion über die Friedensfrage zum Bruch führen müssen. Man merkte auch hier bei wieder, wie wenig die Unabhängigen nach Sozialdemokraten sind und daß Disziplinbrecher auch von anderen ähnliches erwarten. Der Gedanke ist uns nicht einmal gekommen, daß um der Friedensfrage willen ein Bruch in unserer Partei möglich wäre, wir haben nicht eine Minute daran gezweifelt, daß in des deutschen Volkes schwerster Stunde die Minderheit sich dem Willen der Fraktionsmehrheit fügen wird. Bestätigt wird dieser Glaube durch eine Erklärung, die die Abgeordneten Wolfgang Heine, Max Quarck, Adolf Braun, Georg Schöpflin, Peiper, Antonie Pfülf, Klara Bohm-Schuch, Hans Vogel, Michael Hierl, Theodor Wolff, Hoffmann (Pfalz), Fischer-Berlin, Adolf Thiele, Theodor Kotzur, Otto Landsberg erlassen haben. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut: „Wir unterzeichneten Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion der verfassunggebenden Nationalversammlung sind wie die Gesamtheit der Fraktion überzeugt, daß die Annahme des von der Entente angebotenen Gewaltfriedens dem Wohle des Reiches und der deutschen Arbeiterklasse, sowie dem Weltfrieden schädlich ist. Wir sind für Ablehnung des sogenannten Friedensvertrages, um unsere Gegner, falls sie auf der Durchsetzung der Bedingungen bestehen, in die Notwendigkeit zu versetzen, sie selbst durchführen, um sich dadurch am wirksamsten von der moralischen und materiellen Unmöglichkeit der von ihnen geforderten Bekenntnisse und Leistungen zu überzeugen. Wir lehnen deshalb die Zustimmung zu diesem Frieden ab. Wir wollen jedoch in Würdigung der Motive, die für den Beschluß der Mehrheit maßgebend sind und im Interesse der Aufrechterhaltung der Einheit der Partei davon absehen, in der Nationalversammlung abweichend von der Fraktion zu stimmen."

Also ist's nichts mit dem Bruch. „Ja, die verdammten Abhängigen werden nie lernen, über die Nasenspitze hinauszusehen."

Die Nationalversammlung für Unterzeichnung.

Mit 238 gegen 137 Stimmen. — Ein starkes Vertrauensvotum für die Regierung.

Sonntag, den 22. Juni 1919, mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: Bauer, Erzberger, Hermann Müller, Noske, Schlicke, Bell, Mayer-Kaufbeuren, Robert Schmidt, Giesberts, Hirsch, Blos, Reiß und Erdmanger

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung kurz nach 12¼ Uhr.

Das Haus ist stark besucht. Die Tribünen sind überfüllt.

Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Erklärung der neuen Regierung.

Ministerpräsident Bauer:

Der Reichspräsident hat mich mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt an Stelle des zurückgetretenen Kabinetts Scheidemann. Als Mitglied der bisherigen Regierung kann ich deren Tätigkeit keine Anerkennung zollen. Wohl aber kann ich den ausscheidenden Mitgliedern, insbesondere dem Ministerpräsidenten Scheidemann, Worte wärmsten Dankes für ihre hingebende und aufopferungsvolle Tätigkeit nicht versagen. (Beifall links.) In diesen Dank soll auch die Arbeit der Friedensdelegation eingeschlossen sein. (Erneuter Beifall.) Der Rücktritt des Kabinetts Scheidemann ist erfolgt, weil eine einheitliche Haltung gegenüber dem uns vorgeschlagenen Friedensentwurf nicht mehr vorhanden war. Vielmehr standen sich die Ansichten im Kabinett hierüber schroff gegenüber, aber nicht getrennt nach Parteien, sondern getrennt nach dem Verantwortlichkeitsgefühl. Der Zwiespalt ging mitten durch die Reihen der Regierungsparteien. Die Antwort, die man auf die Fragen gab, was für das deutsche Volk unerträglicher sein würde: Die Annahme oder Ablehnung, war innerhalb der Parteien im Kabinett ganz verschieden. Es war für jeden von uns, der der früheren Regierung angehörte, ein bitterer und schwerer Kampf zwischen empörtem Gefühl und Unter Ueberlegung. Unendlich schwer war für uns, einen Entschluß zu fassen und dem Friedensvertrage der Entente beizutreten. Die Not von Volk und Land haben uns zusammengeführt. Wir durften unsere Mitarbeit nicht verweigern, wenn wir nicht Gefahr laufen wollten, Deutschland einem rettungslosen chaotischen Zustande zu überlassen, aus dem es keine Rettung mehr gegeben hätte. Wir stehen hier nicht aus Parteiinteresse und noch weniger — das werden Sie mir glauben — aus Ehrgeiz an dieser Stelle, wir stehen hier aus Pflichtgefühl, aus dem Bewußtsein, daß es unsere vornehmste Schuldigkeit ist, zu retten, was zu retten ist. Die Regierung, deren Präsidium zu übernehmen ich die Ehre habe, setzt sich zusammen aus Zentrum und Sozialdemokraten. Das Programm des neuen Kabinetts wird dasselbe sein, was der Regierung Scheidemann zugrunde lag. Seine Besetzung ist folgende: Präsidium Bauer, Auswärtiges Hermann Müller, Inneres Dr. David, Finanzen Erzberger (Ausrufe, Rufe im Zentrum: Rube), Reichswirtschaft Wissell, Arbeit Schlicke, Schatzministerium Mayer-Kaufbeuren, Post Giesberts, Verkehr Bell, Reichswehr Noske, Ernährung Robert Schmidt. Das Reichsjustizamt ist vorläufig noch unbesetzt.

Die wichtigste Frage, wie steht das Kabinett, wie stehen wir zu den Problemen des Friedensschlusses? Wir ist die Antwort: Ja oder Nein? Die Reichsregierung kann es nur zu gut verstehen, wenn angesichts der Friedensbedingungen eine helle Empörung durch unser Volk geht und wenn diese Empörung sich Luft zu machen sucht. Aber wenn ich bei der Uebernahme meines schweren Amtes eine Bitte aussprechen darf, so ist es die: Lassen Sie die Frage Annahme oder Ablehnung nicht zur Parteifrage werden. Glauben Sie auf der einen Seite nicht, daß die Befürworter der Ablehnung von flammendem Chauvinismus oder Interessenpolitik erfüllt seien. Glauben Sie aber auf der anderen Seite auch nicht, daß diejenigen, die unterschreiben wollen, feig und sklavisch seien und kein Gefühl für unsere nationale Ehre haben. Wer sich ernsthaft mit der Frage, Unterzeichnen oder Nichtunterzeichnen, beschäftigt hat, weiß ganz genau,

wie ungeheuer schwer diese Entscheidung

ist. Auf beiden Seiten stehen gewichtige Gründe, die kein verantwortlicher Mensch übersehen kann. Heute ist zu entscheiden nach der einen oder anderen Seite hin. Die Zeit der Erwägungen und Abwägungen ist vorüber. Die Stunde des Handelns ist gekommen und damit die Stunde der Verantwortung. In dieser Verantwortung trägt jeder von uns zu seinem Teil. Die Reichsregierung ist sich vollkommen bewußt, daß sie im Geiste parlamentarischer Verfassung handelt, wenn sie Volksrecker ihrer Mehrheit ist. Aber sie weiß ebenso, daß sie trotz aller Kundgebungen vor Volk und Geschichte nur eine wahrhafte Rechtfertigung haben kann, daß sie der Sache entsprechend entscheidet und nicht nach Parteistimmungen schielt. (Beifall.)

Glauben Sie mir, wir glauben in diesem Sinne gehandelt und entschieden zu haben, angesichts der Gegenwart und Zukunft unseres Volkes und unter der notwendigen Berücksichtigung der Nationalversammlung. Wie immer jeder einzelne von Ihnen sich zur Annahme oder Ablehnung stellt, in einem sind wir alle einig, in der innerpolitischen Beurteilung des uns vorgelegten Friedensentwurfes, zu dem wir durch unseren Zwang unsere Unterschrift geben sollen. Als wir zum ersten Male diesen Entwurf lasen, kam aus dem ganzen Volke der Protest der Empörung und Ablehnung. Wir haben die Stimmen von einzelnen nach

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190623-18/fragment/page=0002

Gerichten geführt. Wir haben gegenrevolutionären Widerspruch vernehmen müssen, daß wir wichtige den Interessen anderer Völker geopfert werden sollen. Wir haben andere Gegenvorschläge gemacht und sind enttäuscht, wie noch nie ein anderes Volk. Die Wirkung aller dieser Proteste, die Wirkung unserer Bereitschaft, wieder gut zu machen, weit über die Billigkeit hinaus, waren nur recht verschwindende Abmilderungen, die von Verhandlungen und Beschimpfungen begleitet waren. Am Montag abend soll der Krieg auf neue beginnen, wenn nicht unser Ja gegeben ist. Es soll der Vormarsch beginnen, zu dem jedes Mordinstrument bereit steht gegen ein wehrloses und waffenloses Volk, das nur zwei Gebote kennt: Noch einmal wieder gut zu machen und nach innen seine im Zusammenbruch errungene Freiheit wieder aufzubauen.

In dieser Stunde auf Leben und Tod unter dem drohenden Einmarsch erhebe ich zum letzten Male aus einem freien Deutschland Protest gegen diesen Vorschlag der Gewalt und Vernichtung, Protest gegen die Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechtes, Protest gegen diese Verknechtung des deutschen Volkes, gegen diese neue Bedrohung des Weltfriedens unter der Maske des Friedensvertrages.

Wer kann sich noch Demokrat oder Sozialist nennen, und erhebt sich nicht gegen diese Ausbeutung? Wer kann sich noch Pazifist nennen und kämpft nicht bis zum letzten Atemzuge gegen diesen Friedensvertrag, gegen diese Kriegserklärung? Keine Unterschrift entkräftigt diesen Protest, den wir für alle Zukunft erheben. (Beifall.)

Ihr „letztes Wort"

hat die Entente ihren Vorschlag vom 16. Juni genannt. Die Reichsregierung hat davon abgesehen, von der fast unannehmbaren Note mehr oder minder erträglicher Bedingungen eine oder die andere noch abzuhandeln. Dieser Vertrag verliert seinen vernichtenden Charakter nicht durch Veränderung in den Einzelheiten. (Sehr richtig.) Einzelne der Parteien der Nationalversammlung lassen keinen Zweifel, daß eine Minderheit die Zukunft unseres Volkes durch die Annahme schwerer gefährdet glaubt als durch die Ablehnung. Die Regierung muß dem Rechnung tragen, daß sie das Volk nicht in 48 Stunden vor eine neue Krisis stellen kann. Ein Nein wäre nur eine kurze Hinausschiebung des Ja. (Sehr richtig.) Unsere Kraft ist gebrochen, ein Mittel der Abwehr gibt es nicht. Ich denke aber an die feierliche Zusage der Entente mit ihrem Memorandum vom 16. Juni, daß die Revision des Vertrages von Zeit zu Zeit eintreten und den neuen eintretenden Verhältnissen angepaßt werden kann. Das ist eines der wenigen Worte, die in diesem Friedensvertrag

wirklich Friedensgeist atmen.

Im Namen der Reichsregierung habe ich zu erklären, daß unter Würdigung aller dieser Umstände und vorbehaltlich der Ratifizierung durch die Nationalversammlung die Regierung sich entschlossen hat, den uns vorgelegten Friedensvertrag unterschreiben zu lassen, doch sie in die Vollmacht gibt, in ihm die den Gegnern unannehmbar erklärt: Kein Volk, auch keine Macht der Alliierten und assoziierten Mächte können dem deutschen Volke zumuten, diesem Friedensinstrument aus unserer Ueberzeugung zuzustimmen, durch das ohne Befragung der Bevölkerung lebendige Glieder vom Reiche abgetrennt, die deutsche Staatshoheit dauernd verletzt und dem deutschen Volke unerträgliche wirtschaftliche und finanzielle Lasten auferlegt werden sollen. Wenn sie jedoch unter Vorbehalt unterzeichnet, so betont sie, daß sie der Gewalt weicht in dem Entschluß, dem unsagbar leidenden deutschen Volke einen neuen Krieg der Zerreißung seiner nationalen Einheit durch weitere Besetzung deutschen Gebietes, durch Hungersnot der Frauen und Kinder und unbarmherzigen Internierung der Kriegsgefangenen zu erklären. Wir erwarten nun in Ansehung der gewaltigen Last, die das deutsche Volk übernehmen muß, daß sämtliche deutschen Kriegs- u. Zivilgefangenen vom 1. Juli ab in ununterbrochener Folge und in kurzer Frist zurückgegeben werden. Deutschland hat die feindlichen Kriegsgefangenen in 2 Monaten zurückgeführt. Die Regierung der deutschen Republik verpflichtet sich, die Deutschen und internierten Friedensbedingungen zu erfüllen. Sie will jedoch in diesem feierlichen Augenblick sich mit rücksichtsloser Klarheit äußern, um jeden Vorwurf einer Unwahrhaftigkeit entgegen zu treten. Die aufgelegten Friedensbedingungen überschreiten das Maß dessen, was Deutschland tatsächlich leisten kann. Wir fühlen uns daher zu der Erklärung verpflichtet, daß wir

alle Vorbehalte machen,

und jede Verantwortung ablehnen, gegenüber den Folgen, die über Deutschland verhängt werden können, wenn die Undurchführbarkeit der Bedingungen auch bei schärfster Anspannung des deutschen Leistungsvermögens in Erscheinung treten muß. Wir lesen weiterhin den größten Nachdruck auf die Erklärung, daß wir den Artikel 231 des Friedensvertrages, der von Deutschland fordert,

sich allein als Urheber des Krieges zu bekennen,

nicht annehmen können und durch die Unterschrift zu decken. Ebenso wenig kann ein Deutscher mit seiner Würde und Ehre vereinbaren, die Artikel 227 bis 230 anzunehmen und auszuführen, in denen Deutschland zugemutet wird, Angehörige des deutschen Volkes, die von den alliierten und assoziierten Mächte der Verletzung internationaler Gesetze und Vornahme von Handlungen gegen die Gebräuche des Krieges bezichtigt werden, zur Bestrafung auszuliefern. (Beifall.) Wir nehmen an, daß es den alliierten Mächten erwünscht ist, wenn wir offen reden, soweit was unsere Kraft wie auch was unsere Vorbehalte betrifft. Daher werden wir die Vollmacht zur Unterzeichnung nur in folgender Form geben:

„Die Regierung der deutschen Republik ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei und ohne eine Verpflichtung nach Artikel 227 bis 230 des Friedensvertrages zu übernehmen."

Meine Damen und Herren! Ich bin am Ende. Wer so über die düsterste Stunde im Leben seines Volkes sprechen muß, der scheut sich fast vor dem Vorwurfe der Schönfärberei, wenn er seinen Glauben an eine Auffüllung, an die

endliche Verwirklichung einer besseren Zukunft

zum Ausdruck geben will. Wir stehen vor jahrelanger Arbeit für fremde Rechnung, wie nie ein Volk vor uns. Wir haben vor unseren Kindern und Kindeskindern die Verpflichtung, Deutschland zusammen zu halten, sowie es für uns geblieben ist. Wir wollen in der Verwirrung dieser Zeit, die außer Rand und Band geraten ist, Ordnung und Regel der neuen Freiheit sicherstellen, unbekümmert darum, ob uns Schwärmer und Wirrköpfe in diesen wahrhaft demokratischen Bestrebungen verstehen oder nicht.

Nur dank einer Vertragstreue bis zur Grenze unseres Könnens, nur durch Geschlossenheit und Disziplin und Pflichtbewußtsein kann uns in der Stunde noch eine Zukunft erwachsen. Es gibt kein Wundermittel für die Gesundung eines Volkes. Selbst die Weltrevolution kann die Krankheit nicht beseitigen, an der wir hinsiechen. Nur der Revolution unseres sittlichen Bewußtseins wird und muß es gelingen, aus Nacht und Finsternis zu einer besseren Zukunft empor zu steigen. (Beifall.)

Präsident Fehrenbach: Es sind 2 Anträge eingegangen. Der 1. Schulz-Krüger lautet:

„Die Nationalversammlung billigt die Erklärung der Regierung und spricht ihr das Vertrauen aus."

Der 2. Antrag lautet:

„Die Nationalversammlung billigt das Verhalten der Regierung in der Frage der Unterzeichnung des Friedensvertrages."

Abg. Ebe (Soz.): Wie auch die Nationalversammlung entscheidet, nicht nur uns, sondern auch unseren Kindern und Kindeskindern wird ein sehr bitteres Schicksal beschieden sein. Materiell verarmt, moralisch niedergedrückt, geistig gefesselt geht das deutsche Volk durch das Leben. Niemals wird die Schuld an diesem Kriege ausgeglichen werden. Fürchterliche Gewissensqualen werden die auffallen, die an diesem Kriege schuld waren. Wenn wir dafür sind, daß dieser Friedensvertrag unterzeichnet wird, so geschieht das nur um deswillen, weil wir noch fürchterlicheres ahnen, falls er von uns abgelehnt wird. Mit schwerstem Herzen, nach unausgesetzten Verhandlungen und nach reiflicher Prüfung aller Fakten haben wir uns doch zuletzt entschließen müssen, dieses Friedensinstrument anzunehmen. Der Kapitalismus und der Imperialismus haben diesen Frieden hervorgerufen. Wir sind der Ueberzeugung, daß auch die Feinde zu der Erkenntnis gelangen werden, daß

ihre Friedensbedingungen nicht durchführbar

sind. Wir verlangen, daß die Regierung mit der früheren Unwahrhaftigkeit im Verkehr der Völker endgültig bricht. Die Absicht einer offenen und verstehenden Nichtbeachtung der Friedensbedingungen dürfen niemals aufkommen. Im schreienden Gegensatz zu unseren Grundsätzen bestehen die feindlichen Staatsmänner auf der Unterfertigung dieses in wesentlichen Teilen undurchführbaren Friedensvertrages. Gäbe es ein Mittel, die undurchführbaren Friedensbedingungen von unserem Volke fernzuhalten, keiner von uns würde zögern, von diesem Mittel Gebrauch zu machen. Aber es besteht keine Möglichkeit. Wenn wir also die Annahme des Friedensvertrages billigen, so sind wir bereit, alles zu tun, um diese Bedingungen bis an die Grenze des Möglichen durchzuführen. Was unmöglich ist, muß im Friedensverbandlungen durch verständliches Entgegenkommen beseitigt werden. Niemals mehr als in dieser Stunde empfinden alle Glieder unserer Partei, die wir bei voller Treue zur Internationale zu unserem Volke stehen, daß wir bereit sind,

für unser Volk einzustehen und ihm alles zu opfern.

Wir treten für ein Großdeutschland ein. In dieser schicksalsschweren Stunde verlangen wir für eine bessere Zeit die Vereinigung mit unseren durch noch härtere Friedensbedingungen niedergedrückten Brüdern und Schwestern in den Sudetenländern, wie in Wien und Klagenfurt, in Posen und Meran.

Je tiefer das deutsche Volk niedergedrückt ist, desto treuer werden die deutschen Arbeiter zu ihm stehen.

Geprüft durch die Ideale des Sozialismus, gestählt durch die Not wird die deutsche Arbeiterklasse trotz des Unerhörten, das der Friedensvertrag ihr zumutet, alles an die Wiedergeburt des deutschen Volkes setzen. Wir wollen nicht mehr gefürchtet von Feinden sein, sondern geachtet und geliebt von Freunden. Die Welt liegt in Trümmern. Wir wollen sie neu aufrichten helfen im Geiste der Völkerversöhnung, auf der Grundlage des Rechtes im Bunde mit der Ewigkeit und im Sinne der Gerechtigkeit.

Der Antrag Schultz-Gröber liegt nunmehr in folgender Fassung vor:

„Die Nationalversammlung spricht der Regierung ihr Vertrauen aus."

Abg. Gröber (Ztr.): Die

Zentrumsfraktion stimmt den Erklärungen der Regierung zu und wird die neue Regierung unterstützen. Für diese Stellung des Zentrums ist entscheidend der Gesichtspunkt, daß wir einen neuen Krieg unter allen Umständen vermeiden müssen. Wir sind auch heute noch von der Unerträglichkeit und Unerfüllbarkeit vieler Bestimmungen des Friedensentwurfes fest überzeugt und wenn wir unsere Zustimmung aussprechen, so kann das nur bedeuten daß wir uns damit verpflichten, soweit es menschenmöglich ist, den Vertrag durchzuführen.

Abg. Schiffer (Dem): Die weitaus überwiegende Mehrheit meiner Freunde hat sich entschlossen, dem vorliegenden Friedensschluß ihre Zustimmung zu versagen. Es ist unsere Ueberzeugung, daß ein solcher Frieden unerträglich wäre mit der wirtschaftlichen, geistigen, kulturellen, sozialen, moralischen und sittlichen Fortexistenz des deutschen Reiches und Volkes. Gegenüber der Mannesmoral der Entente stelle ich unsere Ansicht dahin fest, daß wenn dieser Vertrag zur Wirklichkeit werden sollte, der größte Krieg, den je die Weltgeschichte erlebt hat,

Abg. Graf Posadowsky (Deutschnatl.): Wir können

der neuen Regierung unser Vertrauen nicht aussprechen.

Wir haben uns alle Folgen überlegt, die eine Ablehnung des Friedensvertrages mit sich bringt. Aber diese Folgen sind nur vorübergehend, während der Vertrag ungezählte Generationen unseres Volkes dem Elend preisgeben würde. Deshalb muß das lebende Geschlecht den Todesmut besitzen, die Gegenwartsfolgen zu ertragen, um die Zukunft zu retten.

Der zweite Antrag ist, wie Präsident Fehrenbach mitteilt, wie folgt geändert:

„Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages einverstanden."

Ministerpräsident Bauer: Ich kann die Zusicherung geben, daß die Regierung

alles tun wird, um den Schutz unserer deutschen Landsleute sicher zu stellen.

Wir fühlen uns eins mit unseren Landsleuten, auch wenn sie zu einer fremden Staatsangehörigkeit gezwungen werden.

Abg. Haase (Unabh.): Der Friedensvertrag entspricht auch nach den gemachten Konzessionen nicht unseren Grundsätzen. Wenn wir ihn trotzdem annehmen, so geschieht es

unter der zwingenden Gewalt.

Wenn wir ihn aber bei größter Anstrengung nicht erfüllen können, müssen die Gegner sich damit abfinden. Wird der Vertrag abgelehnt, so ist die Zerstückelung des Reiches nicht aufzuhalten. Wer kann dafür garantieren, daß die Entente unsere einschränkende Erklärung annehmen wird?

Es versteht sich nach unserer Haltung von selbst, daß wir

dieser Regierung ein Vertrauensvotum nicht ausstellen

können. Aber mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages sind wir einverstanden. Ich kann mir nicht versagen, die Regierung nochmals zu warnen, den geraden Weg auch nur um Haaresbreite zu verlassen.

Die Weltrevolution schreitet vorwärts.

Sie ist unaufhaltsam. Aber es geht nicht so rasch, wie wir es wünschen. Trotzdem haben wir die Zuversicht, daß dieser Friedensvertrag schließlich zur ehrlichen Solidarität des internationalen Proletariats abgeändert wird. Dem Ententekapitalismus, der gerade mit diesem Vertrage den Sozialismus niederzwingen will, rufen wir zu: Ihr hemmt uns, aber ihr zwingt uns nicht!

Ministerpräsident Bauer: Herr Haase erklärt, kein Mensch, insbesondere nicht die Entente, habe an das Unannehmbar der Regierung geglaubt. Soweit das zutreffen sollte,

wer trägt daran die Schuld?

Die unabhängige Sozialdemokratie, die vorgestern geschrien hat, der Vertrag muß unterzeichnet werden. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Kahl (D. Vpt.): Die deutsche Volkspartei

lehnt einmütig diesen Frieden ab.

Wir täuschen uns nicht darüber, daß im Falle der Ablehnung namentlich die erste Prüfung und Leidenszeit, die uns dann bevorsteht, eine besonders schwere sein würde.

Abg. Höfing (Soz.): Im Namen der sozialdemokratischen Vertreter der besetzten Gebiete, die durch diesen Friedensvertrag unmittelbar

vor der Gefahr stehen, von Deutschland losgerissen

zu werden, habe ich zu erklären:

Wir erheben mit tiefstem Schmerze unsere Stimme, um in leidenschaftlicher Weise gegen die Lostrennung unserer Heimat vom Mutterlande Protest zu erheben. Aber um unsere Heimat nicht zum Schauplatze neuer blutiger Kämpfe zu machen und unsere Frauen und Kinder nicht erneut den Schrecknissen des Krieges auszuliefern, haben wir uns dennoch mit blutenden Herzen entschlossen, dem Friedensvertrage unsere Zustimmung zu geben. Wir erklären aber in dieser feierlichen Stunde vor aller Welt und vor der Geschichte, daß wir und diejenigen, die uns durch ihr Vertrauen in die Nationalversammlung geschickt haben,

deutsch sind und deutsch bleiben

werden. Wir werden auch unser Leben lang die Hoffnung nicht aufgeben, daß früher oder später die durch das Machtgebot eines haberfüllten Siegers von der Heimat getrennten Gebiete den Weg zum Vaterland zurückfinden werden. (Lebhafter Beifall.)

Ein Schlußantrag wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Unter großer Unruhe wird darauf zur Abstimmung geschritten. Es werden abgegeben 237 für den gestellten Antrag und 138 dagegen. Fünf Abgeordnete haben sich der Stimmabgabe enthalten.

Der Antrag bezüglich des Vertrauensvotums wurde mit 236 gegen 89 Stimmen bei 63 Stimmenenthaltungen angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung, Montag, 2 Uhr nachmittags. Tagesordnung: Interpellationen, Gesetz über die vorläufige Regelung des Reichshaushalts, über die Biersteuergemeinschaft, die Landeskrankenkasse usw.

Amerika für Änderung des Friedensvertrages.

Berlin, 21. Juni. Wie WTB. hört, meldet „Petit Parisien" nach einem Radiotelegramm aus Washington, der Antrag Knox sei mit 10 gegen 7 Stimmen angenommen worden. Mit diesem Senatsbeschluß beginne die Kampagne zur Aenderung des Friedensvertrages. Die republikanischen Führer seien sicher, daß schließlich ein getrennter Friedensvertrag zwischen Amerika und Deutschland erfolge.

Der endgültige Text des Friedensvertrages.

Versailles, 21. Juni. (WTB.) Der Vorsitzende der Friedenskonferenz Clemenceau richtete heute eine Note an den Gesandten von Haniel, in welcher er ihm namens der alliierten und assoziierten Regierungen mitteilt, daß die der deutschen Delegation am 19. Juni überreichten zweihundert Exemplare der Friedensbedingungen als authentischer Text mit allen Korrekturen und Abänderungen, welche namentlich in Folge verschiedener deutscher Bemerkungen vorgenommen wurden, zu betrachten seien. Ferner wurde Herrn von Haniel eine Note der alliierten und assoziierten Mächte ausgestellt, in der sie im einzelnen auf die in der deutschen Note vom 19. d. M. erwähnten Widersprüche zwischen dem Memorandum und dem der deutschen Delegation überreichten korrigierten Exemplar der Friedensbedingungen eingehen und sich bereit erklären, gemäß dem deutschen Vorschlag beim Friedensschlusse ein Protokoll, in dem die einzelnen noch unklaren Punkte festgelegt werden sollen, dem Friedensvertrag anzugliedern.

Auch Kabinettskrise in Preußen?

Nächste Sitzung der preußischen Landesversammlung ist auf Mittwoch nachmittag 2 Uhr angeordnet. Die Fraktionssitzungen der einzelnen Parteien haben zum Teil stürmische Verlaufe genommen und sind keineswegs beendet. Am Dienstag treten die Demokraten noch einmal zusammen. Von den preußischen Ministern sollen insbesondere der Ministerpräsident Hirsch und der Minister des Innern Heine sich auf unbedingte Ablehnung der feindlichen Bedingungen festgelegt haben. Ebenso ist es im hohen Maße zweifelhaft geworden, ob nach den Vorgängen in Weimar die bürgerlichen Mitglieder des preußischen Kabinetts weiter im Amte bleiben können. Auch hierüber werden aber alle Entscheidungen nicht in Berlin, sondern in Weimar fallen.

Alerlei um die Entscheidung.

Berlin, 23. Juni. Der preußische Kriegsminister Reinhardt ist wegen seiner ablehnenden Haltung zum Friedensvertrag aus seiner Stellung als Mitglied des Reichsministeriums mit beratender Stimme ausgeschieden, wird aber mit Zustimmung des Reichspräsidenten an den Sitzungen des Reichsministeriums weiter mit beratender Stimme teilnehmen.

Die in Weimar versammelten finanziellen und wirtschaftlichen Sachverständigen der Friedensdelegation haben infolge der Stellung der neuen Regierung zur Friedensfrage sämtlich ihre Mandate niedergelegt.

Die demokratische Fraktion der Nationalversammlung hat eine Erklärung abgegeben, in der sie ihre Stellung rechtfertigt.

Deutsche Pressestimmen.

Berlin, 23. Juni. „Tragödienschluß" überschreibt das „Berl. Tagebl." seine Betrachtungen über die gestrige Sitzung der Nationalversammlung. Es sagt, unter den Reden, die gehalten wurden, hatte die, mit welcher der neue Ministerpräsident die Sitzung eingeleitet hatte, den wärmsten und würdigsten Ton. Scheidemann und Landsberg nahmen nicht an der Abstimmung teil und noch einer blieb dieser Sitzung fern, nämlich Graf Rantzau. Er hat mit Energie, Umsicht und staatsmännischem Instinkt die einzig richtige und einzig mögliche Politik verfolgt.

In der „Deutschen Allgem. Ztg." wird gesagt: Die Staatsmänner der Entente, die jetzt die Entscheidung haben, sehen sich sicher vor eine große, moralische und weltpolitische Verantwortung gestellt. Mit einem leisen Anflug von Gerechtigkeit und mit einem Federzug, der sie nichts kostet als etwas Großmut und Ritterlichkeit vermöchten sie der Welt morgen schon den Frieden zu geben. Aber man muß sich erinnern, daß sie den Appell an die Menschlichkeit schon oftmals nicht gehört haben oder nicht hören wollten.

Kurze Notizen.

Bayers Rücktritt von der Leitung der Demokraten. In der demokratischen Partei hat Abgeordneter v. Payer die Funktion des Präsidenten abgegeben. Der zweite Vorsitzende Schiffer führt einstweilen die Geschäfte weiter.

Unruhen und Plünderungen. In Kassel und Mannheim kam es zu Ausschreitungen, unpolitischen Unruhen und Plünderungen, bei denen großer Schaden angerichtet wurde.

Sperrung des Verkehrs mit dem besetzten Gebiet. Wie die deutsche Waffenstillstands-Kommission berichtet, ist nach Mitteilung der französischen Besatzungsbehörden der Verkehr mit dem besetzten Gebiet vorläufig aufgehoben worden.

Streiks in England. Laut Neuwe Rotterdamsche Courant sind 500 000 Arbeiter der Baumwollindustrie in Lancashire in den Ausstand getreten. In den Kohlenwerken von Glanmorgan in Wales streiken 3000 Bergarbeiter.

Französische Bergarbeiter nehmen die Arbeit wieder auf. Die Bergarbeiter von Pas de Calais haben die Arbeit wieder aufgenommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190623-18/fragment/page=0003

Letzte Depeschen.

Die Versenkung der deutschen Flotte.

In der Voraussicht, daß nach Unterzeichnung des Friedens die internierte deutsche Flotte in die Hände der Entente überging, haben die deutschen Besatzungen alle internierten Schlachtkreuzer, Schlachtschiffe und Zerstörer mit Ausnahme der „Baden" versenkt. Es liegen darüber folgende Meldungen vor:

London, 21. Juni. (WTB.) Reuter. Die Admiralität teilt mit: Heute nachmittag ist eine Anzahl der internierten deutschen Schiffe in der Scapa-Bucht von den Besatzungen verlassen und versenkt worden. Die Besatzungen befinden sich in sicherem Gewahrsam.

London, 21. Juni. (WTB.) Reuter meldet amtlich: Alle in der Scapa-Bucht internierten deutschen Schlachtschiffe und Schlachtkreuzer mit Ausnahme des Schlachtschiffes „Baden" sind versenkt worden. Desgleichen wurden fünf leichte Kreuzer versenkt, während die übrigen drei durch dortbefindliche Schleppdampfer auf Strand gesetzt wurden. 18 Zerstörer wurden auf Strand gesetzt, vier sind schwimmend, der Rest ist versenkt. Der deutsche Konteradmiral und die meisten Deutschen von Bord der Schiffe befinden sich unter Bewachung auf britischen Kriegsschiffen. Einige Boote von den Schiffen, die zum Stoppen aufgefordert wurden, weigerten sich, dies zu tun und wurden beschossen. Eine geringe Anzahl Deutscher wurde getötet oder verwundet. Entsprechend den Waffenstillstands-Bedingungen waren die Schiffe mit geringen deutschen Besatzungen ohne britische Wache an Bord interniert gewesen.

London, 21. Juni. (WTB.) Ein Telegramm aus Edinburg meldet: Es waren Vorkehrungen getroffen worden, um die deutsche Flotte am Montag zu besetzen, falls der Friede gezeichnet würde, da die Schiffe in diesem Fall automatisch an die Alliierten übergegangen wären. Die deutschen Besatzungen der jetzt versenkten Schiffe hatten diese Absicht indessen vorausgesehen.

Steigen des Markkurses in Holland und in der Schweiz.

Amsterdam, 20. Juni. Auf Grund der Nachricht, daß bei der deutschen Regierung eine kleine Mehrheit für die Unterzeichnung des Friedens sei, stieg die Mark an der Börse von 16 auf 18.50 Fl.

Bern, 20. Juni. An der heutigen Börse rechnete man mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages. Demzufolge ging der deutsche Markkurs von 33.50 auf 40 in die Höhe.

Schauermärchen.

Unter dieser Spitzmarke teilt die D. T. ein Telegramm ihres Rotterdamer Berichterstatters mit, in dem es heißt: **Man hat in Haageramtlichen Kreisen zuverlässige Nachrichten aus Deutschland erhalten, wonach in der kommenden Woche eine große Umkurzbewegung der unabhängigen Sozialisten und Kommunisten zu erwarten sei. Man trifft hier Vorsichtsmaßnahmen, um gegen alle Folgen, die sich daraus auch für die Deutschland benachbarten Länder ergeben werden, gerüstet zu sein.**

Es ist dies gewiß nur von dem üblichen Schauermärchen, deren Verbreitung unserem Volke alles andere denn dienlich ist.

Kein Generalstreik der Eisenbahner im ganzen Reiche.

Aus Weimar erfahren die P. P. N.: Heute früh liefen hier Gerüchte von einem Generalstreik der Eisenbahner in ganz Deutschland um. Diese Gerüchte sind falsch. Sie rühren offenbar davon her, daß im Direktionsbezirk Erfurt ein partieller Streik ausgebrochen ist. Der Verkehr nach Westen stockt vollkommen. Der Zugverkehr nach Berlin ist unregelmäßig. Die Verhandlungen, die bereits in Weimar mit dem preußischen Ministerpräsidenten Hirsch und dem Reichswehrminister Noske in Anwesenheit des Generals Gröner stattgefunden haben, dürften unter Gewährung weitgehender Zugeständnisse zu einem Uebereinkommen geführt haben. Die Verhandlungen werden fortgesetzt, um eine sofortige vollständige und lückenlose Aufnahme des Verkehrs zu ermöglichen.

Dieser partielle Streik ist nicht zu verwechseln mit der Gefahr eines allgemeinen Streiks der Eisenbahner in ganz Deutschland. Die Zentralverbände der Eisenbahnangestellten haben gestern in Berlin ihre Lohnforderungen überreicht. Das preußische Kabinett dürfte sich am Dienstag mit diesen Forderungen beschäftigen, so daß vor Mittwoch keine Entscheidung erfolgen dürfte.

Der Zentralrat gegen die Auflösung der württembergischen Arbeiter- und Bauernräte.

Berlin, 20. Juni. Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik teilt mit: Auf den Beschluß der württembergischen Landesversammlung, nach dem die württembergischen Arbeiter- und Bauernräte nur noch bis zum 15. Juli gesetzliche Grundlage haben sollen, hat der Zentralrat an die württembergische Regierung ein Schreiben gerichtet, in dem er gegen diesen Beschluß Stellung nimmt und vor seiner Ausführung warnt. Der Zentralrat hat der württembergischen Regierung mitgeteilt, daß nach seiner Auffassung eine Auflösung der Arbeiter- und Bauernräte in ihrer jetzigen Form unmöglich sei, bevor nicht die politisch-wirtschaftliche Entwicklung in Bahnen gelenkt sei, die den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft entspricht. Da die große politische Bedeutung der Angelegenheit unverkennbar ist, hat der Zentralrat der württembergischen Regierung vorgeschlagen, in mündliche Verhandlungen über die Sache einzutreten.

Der Wiener Arbeiterrat gegen die Rätediktatur.

Wien, 22. Juni. (Korrbüro.) Im Kreisarbeiterrat erklärte im Laufe der Debatte bei der Erörterung über die Vorfälle am 15. Juni Präsident Seitz: Die Sozialdemokraten könnten die Verantwortung für die Aufrichtung einer Rätediktatur heute nicht übernehmen. Er wies darauf hin, daß die Sozialdemokraten die Anwendung von Gewalt immer verabscheut hätten, und richtete an die Kommunistenpartei die Aufforderung, von Gewalt gleichfalls abzusehen und sich der Mehrheit unterzuordnen. Eine Entschließung wurde angenommen, welche die kommunistischen Putsche aufs schärfste mißbilligt und die getroffenen Vorsichtsmaßregeln als durchaus berechtigt erklärt.

Die Entente gegen Ungarn.

Wien, 22. Juni. In den hiesigen Ententekreisen wird bestimmt erklärt, daß die Entente den Beschluß gefaßt habe, die ungarische Frage in kürzester Zeit endgültig zu regeln. Ernste militärische Maßnahmen sind im Zuge und in den nächsten Tagen werden Truppentransporte erfolgen, die teilweise auch über Wien gehen werden. Den Oberbefehl über die gegen Ungarn operierenden Ententetruppen wird ein französischer General übernehmen.

Aufhebung der Postzensur in Amerika. Der Telegraaf meldet aus New York, daß die Postzensur in den Vereinigten Staaten vom 21. Juni ab aufgehoben ist.

Vom russischen Krieg. Das Reutersche Büro erfährt, die Meldung, daß das russische Kriegsschiff „Oleg" von einem britischen U-Boot versenkt worden sei, sei nicht richtig. Der „Oleg" sei wahrscheinlich auf eine Mine gelaufen.

Bekanntmachung.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat den Architekt Herrn Louis Wörner, Triftstr. 20, zum Armenpfleger im 24. Armenbezirk gewählt.

Halle, den 17. Juni 1919. **Die Armen-Direktion.**

Wie wird sozialisiert?

Das zeigt der Kolossal-Film **„Kapital und Arbeit"** im **Orpheum-Lichtspiel**, Steinweg 12, **ab Dienstag, den 24. d. Mts.**, täglich 3, 5, 7 und 8/4 9 Uhr.

Walhalla-Operetten-Theater.
Anfang 8 Uhr:
Fritz Steidl-Gastspiel.
Nur bis Ende Juni.
Die Sensation v. Halle:
Der Flug um die Welt.
Entzückende Balletts!
Kostüm-Pracht!
Nadschuras Elefanten-Dressur.
Kasse v. 10—1½ u. 4—6.

Stadt-Theater
Dienstag, den 24. Juni 1919,
Anfang 7½, Ende 10 Uhr:
Das Rheingold
von Richard Wagner.
Mittwoch:
Sappho.

Vermögens-Verzeichnisse
fertigt (Frist bis 30. Juni)
Bücherrevisor Beyer,
Steinweg 12, II. Tel. 3241.

Reichshof
Auf mehrfach an mich gerichteten Wunsch
Dienstag, den 24. Juni, 8 Uhr eingeschobener
19. Sonderabend:
Sinfonische und Kammermusik
1. Ouverture zu „Rosamunde" . . . } Schubert
2. Scherzi B-dur. Moment musikal . .
3. Streichquartett D-moll (auf Wunsch) Allegro — Andante con moto — Scherzo Allegro molto — Presto
4. Sinfonie Nr. 14 (Oxford) Adagio — Allegro spirituoso — Adagio cantabile — Minuetto Allegretto Finale Presto . . . . . } Haydn
5. Streichquartett Nr. 1 Allegro con brio — Allegretto — Menuetto Allegretto — Finale Presto
6. Allegretto u. Minuetto a. d. Sinfonie (Militär) Nr. 100 . .
Edwin Hennig. 4050

E. Kramers Konzerthaus
Delitzscher Strasse 2
Täglich Konzert
von erstklassiger Damenkapelle.

Futterstoffe:
Barchente, Flanelle, Velis, Seide, Panama-Kunstseide.
Mässige Preise.
S. Bilotzky, Leipziger Strasse 103, 1 Tr.

Fernruf 1224 **U.T** Fernruf 57 38
Leipzigerstrasse 88 — Alte Promenade 11a

Grosses Doppelprogramm!
Joe Deebs
in seinem gefahrvollen Detektiv-Abenteuer:
Die närrische Fabrik!
— 4 Akte —
Vorführung 5.00 7.10 9.30 Uhr.

Gunnar Tolnaes
in dem vieraktigen reizenden Lustspiel:
Er, der Herrlichste
Vorführung 4.10 6.20 8.30 Uhr.

Die neuesten Wochenberichte
(Messter-Woche).
Wochentags Beginn 4 Uhr.

Das große Sensations-Schauspiel:
Die Sonnenkinder
Spannungsvolles Drama in 6 Abteilungen.
Verpüffende Sensationen, wie Die gesprengte Schleuse. — Der schwimmende Pavillon. — Entzückende Kinderszenen — Wechselvolle Handlung. — Die Aufnahmen an einem Wasserfall waren für einen der Hauptdarsteller mit der größten Lebensgefahr verbunden.
In der Hauptrolle: Karen Sandberg.
Vorführung 4.40 6.50 9.10 Uhr.

Paul Heidemann
in dem köstlichen dreiaktigen Lustspiel:
Der Weiberfeind!
Vorführung 4.00 6.10 8.20 Uhr.
Wochentags Beginn 4 Uhr.

Die Abend-Vorstellungen beginnen 8.15 Uhr. V366 3

Bekanntmachung des Garnisonkommandos:
Alle noch im Dienst befindlichen im Stadtgebiete Halle sich dauernd oder vorübergehend aufhaltenden Offiziere und Beamte, die nicht einer hier untergebrachten militärischen Dienststelle unterstehen, haben sich persönlich oder durch Zettel beim Garnisonkommando zu melden. Unter „im Dienst befindlich" sind alle Diejenigen zu verstehen, die vom Militärfiskus noch Gehalt beziehen. Werkstellen sind nicht als Dienststellen anzusehen.
Garnison-Kommando Halle a. S.

Buchhandlung der Volksstimme
Soeben wieder eingetroffen
Die Stimme aus dem Grabe
von Jean Jaurès
in deutscher und französischer Sprache.
Preis 1.50 Mk.

Bad Wittekind.
Dienstag, den 24. Juni 1919, nachmittags 3½ Uhr:
Kur-Konzert
von der Kapelle des Füsil.-Regts. Nr. 36.
Leitung: Kapellmeister Otto Haupt.
Eintrittspreise: für Erwachsene 60 Pfg. Kinder 40 „
Dauerkarten haben Gültigkeit.
Mittwoch, den 25. Juni 1919, abends 8 Uhr:
Extra-Konzert
vom Seifert-Orchester.

Apollo-Theater
Heute zum letzten Male:
„Die Czardasfürstin"
Morgen Dienstag in neuer Einstudierung:
„Die Kinokönigin"
Operette von J. Gilbert.
Delia . Emmy Sturm a. G.
Vorverkauf 9—1 u. 5—½7.

Handwagen
in stabiler schwerer Ausführung verkauft billig 4043
Otto Spermann,
neben Walhalla.

Kurt Litzenberg, Metallwarenfabrik,
Verkaufsstelle: Grosse Steinstrasse 11.
Vorteilhafteste Bezugsquelle aller Artikel für Gas u. Elektrisch Neuanlagen, Reparaturen sachgemäss und billig. :: Tel. 4025.

Erntearbeiterinnen
unter günstigen Bedingungen in großer Zahl gesucht.
Städtisches Arbeitsamt.
Salzgrafenstraße 2.

Tüchtiger selbständiger
Autogen-Schweißer
für dauernde Beschäftigung sofort gesucht. Wohnung mit Gartenland vorhanden. 4049
Bühring, Akt.-Ges.,
Maschinenfabrik,
Landsberg (Bez. Halle).

Gummiwaren-Fachgeschäft und Versandhaus.
Preisliste gratis.
E. Klappenbach,
Gr. Ulrichstrasse 4.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190623-18/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 139. Halle, Montag, den 23. Juni 1919. 3. Jahrgang.

Deutscher Sozialistentag.

Berlin, 21. Juni.

Schicksalsstunden des deutschen Volkes. Schicksalsstunden Europas. Schicksalsstunden der Welt. Wohl nie waren Tage und Stunden der Geschichte bedeutungsvoller als die, in denen der Kongreß zusammentritt, der erste Arbeit am Werke der Einigung der sozialistischen Parteien leisten will! Rote Fahnen und Transparente schmücken den überfüllten Herrenhaussaal, das Bild August Bebels krönt die Rednertribüne, von der um ½10 Uhr Ed. Bernstein den deutschen Sozialistentag eröffnet. Unter den bekannteren Köpfen finden wir Wally Zepler, Kaisti, Cohen-Reuß, Ströbel, Dr. Halpert, Löbe, Adele Schreiber und andere. Die Sitze sind ohne Ausnahme besetzt, die Anwesenheitsliste zeigt weit über 300 Delegierte aus allen Gauen des Reiches, beide Parteien sind stark vertreten, doch überwiegt die S. P. D. Bemerkenswert ist eine kleine Gruppe revolutionärer Jugendvertreter und Studenten als Neuerscheinung auf sozialdemokratischen Kongressen. Bernstein gibt ein paar treffende Worte, die die Versammlung unterstreicht. Es wird kurz die Geschäftsführung besprochen, dann geht es an die Arbeit. Max Cohen-Reuß nimmt mit klaren, schneidenden Worten sein Referat über die notwendige Einigung auf. Klar, wie selten einmal wird hier der Schleier weggezogen vor all' dem, was faul und fäulnisstinkend ist im Staate Dänemark". Cohen ist noch etwas beeinflußt durch die Angriffe Scheidemanns in Weimar. Leider wird er recht auffallend und spricht von dessen „straßenräuberischer Manier". Obwohl der Kongreß ihm in der Sache recht gibt, wird doch diese Ausdrucksweise sehr getadelt. Die Kriegspolitik beider Parteien sei jetzt teilweise für falsch erkannt. Wir müssen restlos aufrichtig sein, wenn wir zusammen kommen wollen.

Wir wollen keine vierte Partei sein.

Ein tiefes, festes denn je geeintes Proletariat muß und wird kommen. Die Grundlage aber muß Beteiligung des Arbeiters an der Produktion sein. Sofort muß dahin Klarheit geschaffen werden, daß wir eine Sowjetdiktatur grundsätzlich ablehnen. Wir müssen einen Mittelweg finden, sonst ist alles Verhandeln fruchtlos. Jeder muß nachgeben. (Lebhafter Beifall.) Ströbel (U. S. P. D.) korreferiert. Wir waren von der Revolution überrascht worden. Hätten wir eine Einheitsfront des Proletariats, so wäre die ganze Friedensfrage jetzt halb so schwierig. Die S. P. D. hat zu langsam abgerüstet mit dem Militarismus, aber auch die Radikalen haben das mitverschuldet. Leider haben sich viele Unabhängige von den Kommunisten anstecken lassen. Ein Antimilitarist hätte ins Ministerium müssen. Wir mußten aus der Regierung austreten, da wir

niemanden mehr hinter uns hatten.

(Lebhaftes Hört! hört!) Und was jetzt? Ströbel spricht dann zur Friedensfrage. Wir müssen annehmen und wir müssen uns einigen. Aus den Minderheiten in beiden Parteien werden sich Mehrheiten entwickeln! Die Demokratie muß das Fundament sein, auf dem wir bauen (Hört! hört!) Man muß nicht nur immer das sagen, was den Massen angenehm ist! Mut zur Ehrlichkeit! Man muß dem Rätesystem die Möglichkeit praktischer Arbeit geben. Wir wollen keinen Terror! Demokratie, Rätesystem, Evolution, Sozialisierung! In diesen Zeichen werden wir siegen, wenn nicht mit dann über die Köpfe eigensüchtlerischer Führer hinweg. (Lebhafter Beifall.)

Man diskutiert. Immer abwehrend kommen die Richtungen zu Wort. Trotzdem man sich verzweifelt dagegen wehrt — will man doch keine Spaltung! — muß man zu Fraktionen zusammentreten, um das Büro zu bilden, in das in gleicher Zahl Mehrheits- und unabhängige Sozialdemokraten gewählt werden. Vorsitzende werden: Schulte-Köln (S. P. D.) und Braun-Berlin (U. S. P.). Nachmittags jetzt sich die Diskussion fort. Bernstein predigt den Kampf gegen den Unverstand in den eigenen Reihen, Wegmann (U. S. P.) — ihm wird nach erregter Debatte als Vertreter der radikaleren Richtung verlängerte Redezeit zugebilligt — führt energisch der S. P. D. zu Leibe. Er verlangt das Rätesystem und setzt sich — bei der Einladung nur auf den Boden des Erfurter Programms mißverständlicherweise — ein für die Diktatur des Proletariats. Er findet bei einem Teil der Versammlung starken Beifall. Nach wiederholt überlebhafter Debatte schließt man diese und läßt Cohen das Schlußwort, der sich gegen die Ausführungen Wegmanns wendet und die Diktatur für

die Sabotage des Sozialismus

erklärt. Wir müssen uns (wollen wir zusammenkommen) von der Parteihaltung der offiziellen Parteien entfernen und einander entgegenkommen, nicht wie eine Hammelherde hinter den Führern herlaufen! (Starker Beifall!) Cohen macht dann mit der lebhaftesten Bewegung aufgenommene Enthüllungen aus der Zeit des 1. und 2. Reichstages, wo seitens Schiedemanns und Landsbergs schwer gegen die Solidarität verstoßen — worden sei. Unter lebhaftem Beifall schließt er. Es kommt danach noch Dr. Kreybig, ein ungarischer Kommunist, der eine Schilderung der Sozialisierung in Ungarn gibt. Er wird durch zahlreiche Zwischenrufe dadurch belehrt, daß man teils unglaublich, teils mehr als skeptisch seinen Ausführungen gegenüberstehe. Sonst war der erste Tag recht wenig fruchtbar und man kann auch beim besten Willen nicht große Hoffnung aufbringen, daß das Ergebnis ein besseres sein wird, doch wir hoffen das Beste und die Vorschläge der Zentrale werden wohl auch angenommen werden. Morgen steht die Räotfrage zur Behandlung und die Auslandspolitik. Man wird schon um 8 Uhr anfangen und bis 3 Uhr durchtagen. Dann geht es hinaus zu einer „Sonnenwendfeier an den Müggelsee mit einem Prachtfeuerwerk" das der Zeit mir besonders angemessen zu sein scheint. Ob man in Weimar zur Zeit auch Feuerwerke abbrennt?

Walther Victor.

Halle und Saalkreis.

Halle, 23. Juni 1919.

Die Bewegung der Eisenbahner.

Der Kampf der Erfurter Eisenbahner für eine freiheitliche Ausgestaltung ihrer obersten Verwaltungsbehörde und die strikte Durchführung der Demokratie im Betriebe, sieht immer weitere Kreise. Der Stein eines großen allgemeinen Streiks auch vieler anderer Arbeitergruppen bedarf nur eines kurzen Anstoßes, um ins Rollen zu kommen. Die Eisenbahner ganz Deutschlands schauen jetzt nach Erfurt, da der Ausgang des Kampfes für sie von überragender Bedeutung ist. Möge die Regierung bei den dortigen Verhandlungen den gerechten Wünschen der Eisenbahner Genüge tun und die Eisenbahner mit allen anderen Arbeiterklassen gleichstellen. Eine Hauptforderung der Beamten- und Arbeitsgemeinschaft der Eisenbahn ist wohl die Beseitigung all der reaktionären Elemente in den oberen Verwaltungsbehörden, die durch ihre demokratiefeindlichen Maßnahmen, die schönsten Erlasse der Regierung zu Wasser machen können und vor allen Dingen schon gemacht haben. Daß durch die bisherige Nichtbeachtung dieser Forderung eine kolossale Erbitterung in den Kreisen der gesamten Eisenbahnerschaft herrscht, dürfte wohl jedem ohne weiteres klar sein. In Erfurt haben in dieser Richtung angestrebte Verhandlungen nicht zur Einigung geführt. Der deshalb beim Minister der öffentlichen Arbeiten angemeldeten Kommission ist der Empfang abgeschlagen worden. Es haben Verhandlungen in Weimar deshalb stattgefunden, Alles ohne Ergebnis, so daß die Erfurter Beamten- und Arbeiterschaft gezwungen war, um die Ruhe einigermaßen wieder herzustellen, zur Selbsthilfe zu greifen. Diese Selbsthilfe hatte nur den Zweck, die Regierung und die Außenwelt eindringlich darauf aufmerksam zu machen, daß die Demokratisierung der Eisenbahnverwaltung als des größten Transportunternehmens der Welt unter allen Umständen schnellstens durchgeführt werden müsse. Die Beamten haben die zu erledigenden Posten nur so lange besetzt, bis ihnen genehme Beamte in die zu erledigenden Posten eingesetzt worden wären. Es war weitestgehend Vorsorge getroffen, daß Betriebe und Verkehr unter keinen Umständen Not leiden sollten. Ein Beweis dafür, daß sich die beteiligten Bediensteten wohl ihrer Verantwortung bewußt waren.

Ebenso aufreizend wie der seinerzeit herausgegebene Steckbrieferlaß gegen die Eisenbahnbeamten, hat wohl auch der tendenziöse Bericht des W. T. B. „Ein Aufruf zur Vernunft, an die Erfurter Eisenbahner" gewirkt. Nach der Ueberzeugung der Eisenbahnbediensteten ist dies alles nicht von der Reichs- oder preußischen Regierung ausgegangen, sondern es sind lediglich Produkte der reaktionären Kräfte im Ministerium der öffentlichen Arbeiten gewesen. Der Rollscherl der Eisenbahner an die breite Oeffentlichkeit scheint seine Wirkung wohl auch nicht verfehlt zu haben, eine Verständigung, die auch die Eisenbahner befriedigt, ist, wie eine W. T. B.-Meldung aus Berlin vom 21. Juni besagt, zustande gekommen. Die Meldung lautet:

„Wie wir erfahren, haben die Eisenbahnarbeiter fast überall die Arbeit wieder aufgenommen. Der Verkehr ist nicht behindert. Ein Beamter und ein Arbeiter sollen dem Präsidenten der Eisenbahndirektion als Beirat beigegeben werden. Der Minister erklärt grundsätzlich, daß er gegen die Ausrücken der Arbeiter in höhere Stellen nichts einzuwenden habe. Maßregelungen werden nicht stattfinden.

Es ist aber unverständlich, wie solche notwendigen Zugeständnisse erst durch einen solchen Kampf, der doch unübersehbare Folgen haben konnte, erzwungen werden mußten.

*

Versammlung der Eisenbahnbeamten. Eine Mitgliederversammlung des Gewerkschaftsbundes der Eisenbahnbeamten des Bezirks Halle fand am Sonntag vormittag in den Thaliasälen statt. Die von etwa 500—600 Personen besuchte Versammlung stellte die Forderung „Einführung der Betriebsräte und Zahlung einer einmaligen Teuerungszulage" auf. Wir werden in der nächsten Nummer unserer Zeitung noch ausführlich darüber berichten.

Der Obstwucher.

Vom Verband der Obstpächter und -händler wird uns geschrieben, daß die Ursachen des Wuchers mit Obst an den mangelhaften Vorkehrungen der obersten Behörden liegen. Außer den Privaten beteiligen sich sogar die Gemeinde- und Provinzialbehörden an der skandalösen Preistreiberei, die der freie Handel für Kirschen gestattet. Durch das Auftreten der vielen zweifelhaften Elemente, Schieber, Schleichhändler usw. neben den Vertretern der großen Industriewerke und den jüdischen Großmärkten, bei den Obstverpachtungen, mußte auch natürlicherweise die ehrlichen Pächter und Händler mit in diesen Strudel hineinreißen. Dieser Volksausbeutung kann also nur von der maßgebenden, obersten ehrBörde ein Riegel vorgeschoben werden und zwar hat dies sofort zu geschehen.

Die Neuordnung der Lehrerbildung

wird die Unterrichtsverwaltung so regeln:

1. Vom Herbst 1919 ab finden Neuaufnahmen in die Präparandenanstalten nicht mehr statt.
2. Es ist eine vierte höhere Lehranstalt (Deutsches Gymnasium), die sich auf die Volksschule aufbaut und den bestehenden höheren Unterrichtsanstalten gleichberechtigt ist zu errichten.
3. Die Volksschullehrer erwerben sich ihre Allgemeinbildung auf einer der höheren Lehranstalten, von denen die geeignetste die neue höhere Schule sein wird.
4. Die Fachbildung wird auf den bestehenden Hochschulen oder auf besonderen pädagogischen Akademien erworben.
5. Die Prüfungen für Mittelschullehrer sind nach Zulassung der Lehrer zur Universität aufzuheben.
6. Eine sofort zu erlassende Verordnung öffnet den preußischen Volksschullehrern die Universitäten.
7. Für die Lehrerinnen gelten die gleichen Bestimmungen.

Das „Heimatsrecht" des Ausreißers.

Die Plakate die mit der Ueberschrift: „Deutsche Frauen! Deutsche Treue!, die Anlehnsamen unserer Stadt zierten und zu einer Protestkundgebung für das Heimatsrecht des Exkaisers und den Schutz „unserer Heer. v. führer" helden auffiesen, hatten am Freitag abend die monarchistische Welle von Halle in die Thaliasäle geschwemmt. Die Zuschrift „Deutsche Frauen" auf dem betreffenden Plakat scheint alle „treuen" Frauen Halles gepackt zu haben, denn sie machten sich der Versammlung aus und vereinzelt lagen nur „urdeutsche Reden" aus den Reihen hervor. Nach außen hin machte sich dies auch durch einen intensiven Parfum- (Pardon), Duftwässergeruch bemerkbar. Was aber doch eigentlich weiter gar nichts Schlechtes war, denn es zeigte doch nur an, daß dies alles keine holden Vertreterinnen des „gewöhnlichen", sondern des „höheren" Volkes seien. Nachdem ein gemeinsames Lied (leider nicht „Heil dir im Siegerkranz") alle diese „traurigen" Herzen etwas getröstet hatte, ließ der Generalsekretär Taube aus Berlin den Phrasenschwall aus seiner kerndeutschen Brust ins Freie. Sichtlich bewegt und gerührt war die holde Versammlung, als dieser Herr seine giftigen Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie noch damit schmackhafter machte, daß er erklärte, einer der Hauptführer des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gewesen sei. Dabei bedauerte er lebhaft, daß dieses im Sozialismus verknüpfte Verbrechertum! vor dem Kriege nicht schärfer durch Gesetze bekämpft wurde. Ob der treffliche Herr dabei an das Sozialistengesetz dachte? Natürlich wetterte er dann auch gegen die bösen Menschen, die die Revolution „gemacht" hätten. Dann kam er zu dem Kapitel des Friedensvertrages und „seines" Kaisers. Die ungeheuren Lasten die der Friedensvertrag dem deutschen Volke auferlegt, fertigte er mit ein paar kurzen Worten ab, um dann verzückt zu den „sonnenbeschienenen Höhen" Wilhelms des Letzten aufzuschauen. Dabei müssen wir gewahren, daß seine „angeborene" und denn im ehemaligen Reichsverbande noch extra ausgebildete „Kaisertreue" die Revolution ganz gut überstanden hat. Eins wundert uns nur, wie dieser Herr ein lustiges Leben, nach der schmachvollen Verjagung Wilhelms des Einfältigen, bei seiner immer und immer wieder betonerten Nibelungentreue, durch die rote Flut der „Rebellion" hindurch gesteuert hat. Wir verstehen die Schmerzen dieser Herzen ganz gut und wissen wo ihnen der Schuh drückt. Aber die Trauben hängen gar zu hoch, das müssen wir zugeben, und wir raten dem „tonalistischen" Kämpen gutmütigerweise davon ab, sie zu holen, denn sie sind tatsächlich sauer. Eigentümlich berührte es aber doch, wenn er als „überzeugter" Monarchist fragt: „warum denn die Spitzbuben! auf Englands, Italiens usw. Thronen immer noch sassen". Er klärte die Versammlung selbst über diese eigenümliche Ansicht auf und sagte, daß diese Frage seinem kindlichen Gemüt entspringe, was auch wir allerdings gern glauben, betreffs des kindlichen Gemüts natürlich. Am Schluß seiner Ausführungen stimmten die anwesenden „Frauen" bezeichnet zu, als er sie aufforderte, den Haß gegen alle, die „ihren" Kaiser entehren wollen, ihren Kindern schon mit der Muttermilch einzuflößen. Wir möchten dem Herrn zum Schluß noch sagen, daß wir kein Royalistengesetz verlangen, denn auch ohne dieses werden diese Ideen bald verdorren. Dann geben wir ihm den guten Rat, von den in der Versammlung geweinen „Frauen" ein Amazonenheer zu bilden und mit diesen „Brunhildes" nun den herrlichen Mann von Amerogen, aus seines Kerkers Fesseln zu befreien. Den Schluß der Veranstaltung zierte wieder ein Lied, welches nebenbei gesagt, ein Hochgefühl bei allen anwesenden Bestwestern auslöste. Wir wollen aber noch allen denen, die in schlaflosen Nächten für „ihren" Kaiser weinen ein Beruhigungspülvechen in Form eines Berichtes über das Wohlergehen des ehemaligen „leutseligen" Landes„herrn" geben. Es spricht von den Sorgen Wilhelms II. und erzählt, daß der ehemalige deutsche Kaiser, über den jetzt das Damoclesschwert einer nahen Verurteilung durch einen internationalen Gerichtshof steht, durchaus nicht von Aufregungen zermürbt und innerlich gebrochen ist. Im Gegenteil, der Schloßherr von Amerogen sammelt offenbar häufig einen Kreis von Gastfreunden um sich und hält ihnen, ganz wie in den Tagen, da er noch vom Glanz des Thrones umwoben war, Vorträge über Themata in der intendantlichen Weise, die ihn immer ausgezeichnet hat. So wird in einem Bericht der Deutschen Orientgesellschaft in der „Vossischen Zeitung" erzählt, daß der ehemalige Kaiser eine Veröffentlichung des Professors Koldewey über das Ischtar-Tor in Babylon eingehend studiert und jüngst in Amerogen im Kreise seiner Gastfreunde zum Gegenstand eines erläuternden Vortrages gemacht hat. Das holländische Exil scheint demnach nicht allzu niederdrückend zu sein, und das deutsche Volk, das heute die schwerste Krise seines staatlichen Daseins durchlebt, dürfte sich Glück wünschen, wenn es auch nur von solchen Sorgen geplagt wäre, wie sein ehemaliger Landesherr.

Von der Tarifbewegung der hallenschen Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter und -Arbeiterinnen.

In einer gut besuchten Mitgliederversammlung am 19. Juni erstattete Kollege Scheibe den Schlußbericht über die Verhandlungen betreffs der Teuerungszulagen. Es werden gewährt für Anlegerinnen usw über 24 Jahre 12 Mk. pro Woche, unter 24 Jahre 7 Mk pro Woche, für Lernende im ersten Vierteljahr 2,75 Mk. pro Woche, im zweiten Vierteljahr 4 Mk. pro Woche, im dritten Vierteljahr 4,75 Mk pro Woche, im vierten Vierteljahr 5,50 Mk. pro Woche, für manuliches Hilfspersonal über 24 Jahre 20 Mk., von 18—24 Jahren 18 Mk. Ueberstunden werden mit 33⅓ Prozent bezahlt. Sonn- und Feiertagsarbeiten werden wie bisher bezahlt. Die Ferientage wurde dahin geregelt, daß an alle Arbeiter und Arbeiterinnen, welche bis 30. Juni 2 Jahr im Geschäft sind 3 Tage, nach 3jähriger Tätigkeit 4 Tage, nach 4jähriger Tätigkeit 5 Tage und nach 5jähriger Tätigkeit 6 Tage, unter Fortbezahlung des Lohnes, gewährt werden. Bestehende günstigere Verhältnisse bleiben unberührt. Vorstehende Abmachungen treten mit der Woche, in welche der 12. Juni fällt in Kraft. Bei Bedarf von Hilfsarbeitern und -Arbeiterinnen ist der paritätische Arbeitsnachweis des Verbandes zu benutzen. In der anschließenden Diskussion wurden Stimmen laut, die mit den Abmachungen nicht zufrieden waren. Auch die Ferienfrage wurde von verschiedenen Rednern besprochen, und die Abmachungen als ungenügend bezeichnet. Nachdem die Kollegen Scheibe und Bielig dargelegt hatten, daß es leicht zu trittfieren aber das Durchsetzen nicht so leicht sei und nochmals auf die restlose Durchführung der festgesetzten Teuerungszulagen und Ferien hingewiesen wurde, fand die einstimmige Annahme des Vorgeschlagenen durch die Versammelten statt.

Anwachsen der Arbeiter-Turner-Bewegung.

—g. Nach Ausbruch der Revolution haben alle Arbeiter-Verbände ihre Mitgliederzahlen gewaltig vergrößert, so auch der Arbeiter-Turnerbund und mit ihm der hiesige zweite Turnerkreis. Noch vor kurzer Zeit glaubte man nicht daran, daß sich jemals Turner von der deutschen Turnerschaft lösagen und dem Arbeiter-Turnerbund anschließen konnten. Da doch vor dem Kriege die deutsche Turnerschaft einen ganz gemeinen Kampf gegen die Jugend und den Arbeiter-Turnerbund führte. Durch die Revolutionsstürme aufgerüttelt kehren die der deutschen Turnerschaft angeschlossenen Vereine ihr schnarenweis den Rücken.

In Gebieten wo vor dem Kriege die Arbeiter-Turnbewegung keinen Boden gewinnen konnte hat jetzt die deutsche Turnerschaft den Boden vollständig unter den Füßen verloren. Unserm hallischen 6. Bezirk haben sich 34 deutsche Turnvereine mit 2500 Angehörigen angeschlossen. In dem Mansfelder Gebiet ist ein Gau mit 49 Vereinen dem Arbeiter-Turnerbund beigetreten. Diese Bewegung erstreckt sich auch auf den ganzen 2. Kreis. Der 2. Kreis zählte 1914 vor dem Krieg 8949 Mitglieder und hat jetzt am 1. Juni 1919 253 Vereine mit 21391 Angehörigen. Ein weiterer größerer Teil deutscher Turnvereine haben den Austritt aus der deutschen Turnerschaft erklärt, konnten den Weg bis zum Arbeiter-Turnerbund aber nach nicht finden. Wenn erst die hindernden Personen beseitigt geschoben worden sind, wird auch hier der Anschluß erfolgen. Denn es ist heute nötiger als je zuvor, daß ein Scheidestrich zwischen der Arbeiter-Sportverbänden und denen der bürgerlichen gezogen wird. Wir brauchen Klarheit und Ein-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190623-18/fragment/page=0005

märtsfreuden. Darum müssen die Arbeiter-Turner in den deutschen und wilden Vereinen mit allen Mitteln dafür wirken, daß ihre Vereine dem Arbeiter-Turnerbund zugeführt werden. Auskunft erteilt die Geschäftsstelle des 2. Arbeiter-Turnkreises, Otto Bürger, Halle, Wörmlitzer Straße 8.

* **Schutz der Telegraphenanlagen!** Man schreibt uns: Eins der wichtigsten Verkehrsmittel bilden die Reichs-Telegraphen- und Fernsprechanlagen. Dennoch werden diese Anlagen vielfach vorsätzlich oder fahrlässig beschädigt. Besonders häufig findet eine Zertrümmerung der Porzellangloden durch Steinwürfe usw. statt; öfters werden auch Drahtstücke auf die Leitungen geworfen, in letzter Zeit wurden sogar wiederholt Leitungsdrähte aus den Telegraphen- und Fernsprechleitungen herausgeschnitten und gestohlen. Hierdurch sind empfindliche Störungen im Betriebe und Nachteile für die Heeresleitung und das Publikum entstanden. Das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich bedroht derartige Handlungen mit hohen Strafen. Denjenigen Personen welche die Urheber ermitteln und zur Anzeige bringen, so daß sie zum Ersatz und zur Strafe herangezogen werden können, zahlt die Oberpostdirektion Belohnungen, deren Höhe nach der Schwere des Falls bemessen wird. Die Belohnungen werden auch dann bewilligt, wenn die Schuldiger wegen jugendlichen Alters oder sonstiger persönlicher Gründe gesetzlich nicht haben bestraft oder zum Ersatz herangezogen werden können, desgleichen, wenn die Beschädigung noch nicht ausgeführt, sondern durch rechtzeitiges Einschreiten der zu belohnenden Person verhindert worden ist. Bedingung bleibt nur, daß der Tatbestand soweit festgestellt wird, daß gegen die Schuldigen eingeschritten werden kann.

* **Gegen den roten Soldatenbund.** Von einem Flugzeug wurden am Freitag Flugblätter über unserer Stadt abgeworfen. Sie waren in der Form eines offenen Briefes der Reichswehr gegen den Aufruf des „Roten Soldatenbundes" gehalten. Er geißelte die unverantwortliche Hetzarbeit gewisser Kreise und mahnt alle die „irregeleiteten Brüder" in den Reihen der roten Soldaten nicht für die Rachegelüste der Entente-Imperialisten zu kämpfen. Mit dem Mahnruf zur Besinnung endete der Brief.

* **Volkskirchenbewegung.** Dienstag, den 24. Juni, abends 8 Uhr findet in den Thalsälen eine öffentliche Versammlung des Bundes freie Volkskirche mit dem Thema: „Die Zukunft unserer Landeskirche" statt.

Die Achse brennt. Gestern nachmittag gegen 4,45 Uhr wurde die Feuerwehr nach dem Friedrichplatz gerufen, wo ein Motorwagen der Straßenbahn durch Warmlaufen einer Achse in Brand geraten war. Die Bahn erlitt eine Betriebsstörung von einer halben Stunde. Der beschädigte Wagen mußte außer Betrieb gesetzt werden. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Der Draht riß. Am Sonnabend, den 21. Juni, 4,45 Uhr nachmittags, riß auf dem Marktplatze das Oberleitungsnetz der Straßenbahn, dessen Wiederherstellung mehrere Stunden in Anspruch nahm. Der Betrieb wurde durch Umleitungen aufrechterhalten. Verletzt wurde niemand.

* **Strafkammer, Halle, 20 Juni.** Wegen Bedrohung, Anreizung zum Klassenhaß, Aufforderung zum Kampf gegen Regierungstruppen und Aufforderung zu Körperverletzung war angeklagt der Mechaniker Fritz Kuhn aus Eisdorf. Derselbe arbeitete Februar bis März d. J. im Abraumbetrieb der Grube Henriette in Eisdorf, dem Oberamtmann Wentzel-Teutschenthal gehörig. K. wurde von der Belegschaft in den Arbeiterausschuß gewählt und war in den Versammlungen und Besprechungen der Leiter. Als solcher soll er nun des öfteren sehr über den Strang gehauen haben. In der Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß er einmal gesagt hatte, als die Regierungstruppen in das Ruhrgebiet eingerückt waren, „wenn es in Halle dahinkommt, wie im Ruhrgebiet, dann dürfen wir uns nicht fürchten, im Kriege haben wir auch keine Angst gehabt Waffen und Munition sind genug vorhanden." Als in einer Versammlung Lohnforderungen beschlossen wurden, soll er gesagt haben: „Wenn der Speidler (der Leuna-Leiter der Grube) nicht bewilligen will, schlagen wir ihm die Knochen kaput." In einer anderen Versammlung sagte er: „Es sind Blaupfeifer unter uns, hier kann ich sie nicht nennen, denn hier haben die Wände Ohren. Macht mit ihnen, was ihr wollt. Ich wüßte schon, wie ich mit ihnen machte." Dabei habe er die Bewegung des Halsabschneidens gemacht. Als die Regierungstruppen in Halle eingezogen waren, soll er gesagt haben: „Es ist in Halle leider nicht so gekommen, wie wir es wünschen. Die Regierungstruppen sind in Halle. Ich brauche Leute, hauptsächlich junge, die nicht feige sind, die mit nach Halle kommen. Stoff ist genug da." Mit dem Worte „Stoff" soll er Waffen gemeint haben. K. bestreitet dies und meint, er habe Lebensmittel gemeint. Er bestreitet auch, die fraglichen Aeußerungen getan zu haben. Er habe immer zur Ruhe und Besonnenheit gemahnt. Die Zeugenaussagen fielen für ihn sehr ungünstig aus, während die Entlastungszeugen völlig versagen. Ein Werkmeister bezeichnet K. als den größten Hetzer und Schreier, er sei ihm immer entgegengetreten. Als eine Folge der Verhetzung bezeichnet er die Tatsache, daß auf ihn mehrmals geschossen sei, als er einmal Ueberstunden machte, um eine Maschine zu reparieren, damit die Belegschaft am andern Tage nicht zu feiern brauchte, als plötzlich Tauwetter eingetreten sei. Ein Aufseher sagt aus, K. habe ihm auf Vorhaltungen immer Recht gegeben, aber hinter seinem Rücken immer gehetzt und gewühlt. K. sei am ganzen Streik schuld gewesen. Das Gericht hielt ihn der zur Last gelegten Straftaten für überführt und verurteilte ihn zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, wovon 3 Monate durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet werden. ⁂

* **Schwurgericht, Halle, 20. Juni.** Der 18jährige Musiker Paul Strehbel aus Halle steht unter der Anklage des schweren Landfriedensbruchs und der Hehlerei. Er war im Besitz einer Rolle Köperstoff und hat sich beim Wein bei Poskel u. Brostkowski gütlich getan. Das Urteil lautete auf 1 Jahr 9 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft. Ferner wurde verhandelt gegen das Ehepaar Albert und Amalie Meiße und deren 21jährigen Sohn Albert Meiße. Alle drei werden des schweren Landfriedensbruches beschuldigt. Sie waren an den Plünderungen in der Nacht vom 2. bis 3. März am Steinweg beteiligt. Es wurde eine Menge Plündergut bei ihnen gefunden. Die Geschworenen bejahten bei allen drei Angeklagten die Fragen nach schwerem Landfriedensbruch, billigten den Sohne mildernde Umstände zu, während sie dieselben dem Ehepaar versagten. Das Urteil lautete bei Meiße (Vater) auf 6 Jahre, bei der Frau auf 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus, je 10 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Besonders erschwerend für M. war die Tatsache, daß er Sicherheitswachmann war und sich als Rädelsführer betätigt hatte. Beide Ehegatten waren auch schon mehrfach vorbestraft. Der Sohn erhielt 2 Jahre 6 Monate Gefängnis, allen Angeklagten wurden je 3 Monate der erlittenen Untersuchungshaft angerechnet. ⁂

Stadttheater. Heute, Montag, findet eine Aufführung des „Dreimäderlhaus" statt. Dienstag, den 24., „Rheingold" von Richard Wagner in der bekannten Besetzung. Mittwoch, unter Spielleitung von Oberspielleiter Theo Modes, „Sonja" von Brillparzer mit Fräulein Achterberg in der Titelrolle. Donnerstag „Der Zigeunerbaron". Am Sonnabend, den 28., nachm. 3 Uhr, Schülervorstellung zu ermäßigten Preisen „Wilhelm Tell", abends 8 Uhr, 7. Sinfonie-Konzert. Leitung: Fritz Busch, erster Kapellmeister am württ. Landestheater, Stuttgart. Solist: Professor Paul Grümmer (Cello). Die nächste Aufführung des erfolgreichen Lustspiels „Schlüsselblümchen" ist auf Freitag, den 27., angesetzt. In Vorbereitung „Siegfried" mit Kammersänger Oskar Bola in der Titelpartie.

Gastspiel des Kölner Metropoltheater im Apollotheater. Emmerich Kalmans bestes Werk „Die Csardasfürstin" geht heute zum letzten Male in Szene. Morgen, Dienstag, den 24. Juni, gelangt zum ersten Male in neuer Einstudierung und Ausstattung Jean Gilberts reizende Operette „Die Kinokönigin" mit Frl. Emmy Sturm in der Rolle der „Delia Gill" zur Aufführung. Der Vorverkauf im Theaterbureau ist von 9—1 und 5—½7 Uhr geöffnet.

Bad Wittekind. Morgen, Dienstag, nachmittags 3½ Uhr, findet Kurkonzert von der Kapelle des Füsilier-Regiments Nr. 30 unter Leitung des Karellmeisters Otto Haupt statt. Eintrittspreise sind aus der Anzeige zu ersehen. — Am Mittwoch, den 25. Juni, findet abends 8 Uhr ein Extra-Konzert vom gesamten Seifert-Orchester statt. (Siehe Anzeige.)

Aus der Provinz.

Weißenfels. Lehrgang des Vereins „Wohlfahrt." Während der Zeit vom 13.—26. Juli findet ein Lehrgang für alle Berufserzieher und sonstigen Freunde der Jugend statt. Vormittags und abends sollen aufeinanderfolgende Vorträge mit daran anschließenden Aussprachen geboten werden. Anmeldungen werden nach durch die Geschäftsstelle des Vereins in Weißenfels, Knauthecz 34/35, angenommen.

Weißenfels. Städtisches Wohnungsamt. Die Sprechstunden des städtischen Wohnungsamtes im Stadthause, Eingang Saalstraße Nr. 10, sind auf die Zeit von 12 bis 2 Uhr mittags festgesetzt.

Zeitz. Auslandsmehl. Auf Nr. 7 der Einkaufszusatzkarte entfallen je ½ Pfund amerikanisches Weizenmehl zu 1 Mk. oder ½ Pfund inländisches 94prozentiges Weizenmehl zu 0,45 Mk. Abgabe erfolgt gegen Abgabe der Vorausmeldungs- und Quittungskarte Nr. 7 am Dienstag, den 24. d. M., bei den bekanntgegebenen Kaufleuten. Die Kaufleute geben die aufgeschnittenen ganzen Karten Nr. 7 in Zimmer 44 ab: a) für amerikanisches Mehl am Donnerstag, den 26. d. M., vorm. 8—12 Uhr, b) für inländisches Mehl am Freitag, den 27. d. M., vorm. 8—12 Uhr. Gleichzeitig erfolgt Bezahlung zu a.

Schönau. Um die elementarste Errungenschaft der Revolution haben die hiesigen Arbeiter immer noch hart zu kämpfen. Der Einführung des Achtstundentages wird von den Herren Arbeitgebern immer noch in der hartnäckigsten Weise gekämpft. Ein Teil der hiesigen Arbeiterschaft ist diesem ekelhaften Gebahren aus dem Wege gegangen, in dem er auf den umliegenden Kohlengruben Beschäftigung gesucht hat. Die Zieglereibesitzer v. Tellmann und Seidbold gewährten „ihren" Arbeitern eben nicht die Achtstundenschicht, sondern die Arbeiter müssen 10 Stunden und wenn es einge noch länger für sie schaffen. Natürlich steht die Entlohnung mit diesen würdigen Verhältnissen in schönster Harmonie. Der eine Herr zahlt 90 Pfg. Stundenlohn, während der andere sich nicht über 70 Pfg. hinaufschwingen kann. Ebenso traurig steht es mit den Akkordlöhnen. Arbeiter von Schönau ihr bekommt ein besseres Los von diesen „Herren" nicht geschenkt, darum erkämpft es euch und tretet euren Berufsorganisationen bei!

Magdeburg. Geheimschlachtungen. Ein hiesiger Fleischermeister schlachtete heimlicher Weise 10 Schweine, 20 Rinder, 16 Ochsen, 1 Bullen und 10 Kälber. Es ist kaum begreiflich, wie solche „Großschlächtereien" bisher nicht entdeckt werden konnten.

Aus aller Welt.

Leipzig. Rücktritt des Leipziger Oberbürgermeisters. Der „Freien Presse" zufolge will der Leipziger Oberbürgermeister Dr. Rothe am 1. Oktober d. Js. von seinem Amte zurücktreten. Der Grund des Rücktritts soll in dem Mißtrauensvotum zu suchen sein, das ihm in der letzten Stadtverordnetensitzung die Unabhängigen mit dem Vorsteher Seger an der Spitze durch Verweigerung seines Gehaltes zum Ausdruck brachten. Allerdings blieben die Unabhängigen mit ihrer Abstimmung in der Minderheit, so daß das Gehalt von der Mehrheit der Stadtverordneten bewilligt wurde.

Dunzweiler, 20. Juni. Vorgehen gegen einen Hochverräter. Der heimliche Richter wegen seiner Tätigkeit für die rheinische Republik ausgeschossen.

Konstanz, 20. Juni. Ankunft deutscher Kriegsgefangener in der Heimat. Gestern trafen hier in Sonderzug 2 Offiziere und 140 Mann ein, die in der Schweiz interniert waren. Um 10 Uhr abends kamen noch 12 Offiziere und 43 Mann der deutschen Handelsmarine, sowie 2 Frauen und 2 Kinder, welche bisher in Spanien interniert waren. Die in den letzten Tagen angekommenen 300 Russen wurden früh nach der Schweiz abtransportiert.

Java. 50 000 Todesopfer eines Vulkanausbruchs. Ueber den kürzlich gemeldeten furchtbaren Ausbruch des Vulkans Kloet auf der Insel Java liegen jetzt nähere Nachrichten vor. Der Ausbruch fing in der Nacht an, und am nächsten Tage war die ganze Umgebung des Vulkans in einem Umfange von 80 Kilometern von einem Aschregen eingehüllt — Der Vulkan warf auch ungeheure Mengen dicker Lava aus, die ein großes Gebiet überflutete. Die Stadt Blitar, sowie zahlreiche von Eingeborenen bewohnte Dörfer wurden von der Lava vollständig überschüttet. Der Lavastrom war 15 Kilometer breit. Viele Einwohner der Insel wurden von dem Strom überrascht und fanden den Tod, indem sie teils verbrannten, teils ertranken. 50 Kilometer einer Eisenbahnlinie wurden zerstört. Die Gesamtzahl der zerstörten Ortschaften beträgt 15. Die Zahl der Opfer wird auf 50 000 geschätzt. Es dürfte aber noch einige Zeit dauern, bis die Zahl genau festgestellt ist. Man hofft, die Leichen aus der jetzt steinhart gewordenen Lava herausschneiden zu können.

Lebensmittel-Kalender.

Städtischer Verkauf von Kohlfleisch und Rohwurstkonserven in der Talamtschule am Dienstag, den 24. Juni 1919. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 4001—5500 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 5501—8000 nachmittags von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines kann an Haushalte mit einer Person ½ Klg.-Dose zum Preise von 5,50 Mk., mit zwei bis vier Personen 1 Klg.-Dose zum Preise von 11 Mk., mit fünf bis acht Personen eine 2 Klg.-Dose zum Preise von 22 Mk., für weitere vier Personen eines Haushaltes noch eine 1 Klg.-Dose zum Preise von 11 Mark abgegeben werden. Die Kohlfleisch- und Wurstkonserven sind auf dem städtischen Schlacht- und Viehhof und unter städtischer Aufsicht hergestellt werden. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

50 Gramm Margarine. In der Woche vom 23. bis 29. Juni 1919 werden auf den Abschnitt 26 der Fettkarte für jede Person des Haushalts 50 Gramm Margarine in den Geschäften abgegeben, in denen die Käufer in die Butterkundenlisten eingetragen sind. Der Preis für 50 Gramm Margarine beträgt 21 Pfg. Der Verkauf erfolgt vom Donnerstag, den 26. bis Sonnabend, den 28. Juni 1919. Die abgetrennten Abschnitte sind gebündelt den Stadternährungsamt am Montag, den 30. Juni 1919, abzuliefern.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Dienstag, den 24. Juni 1919, auf den Abschnitt 13 für die eingetragenen Kunden bei den Molkereibesitzer Arndt, Nikolaistr. 3, Milchhändler Pötschke, Wittenbergerstr. 20, Milchhändler Eilenberg, Gr. Steinstr. 41, Milchhändler Turlen, Mansfelder Str. 5 und Milchhändlerin Berger, Kolkmannstr. 3a. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund abgegeben. Die abgetrennten Abschnitte sind bis zum 27. Juni abzuliefern.

Städtischer Verkauf von Butterschmalz in der Talamtschule am Dienstag, den 24. Juni 1919. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 4001 bis 5500 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 5501—8000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden gegen Vorlage des Lebensmittelscheines 50 Gramm Butterschmalz zum Preise von 75 Pfg. abgegeben. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Der Verkauf von Seefische findet am Montag, den 23. und Dienstag, den 24. Juni 1919 in den einschlägigen bekannten Geschäften markenfrei statt. Im übrigen verbleibt es bei unserer Bekanntmachung vom 18. Juni 1919.

Erbsen und Hülsenfruchtmehl. Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, bei den von ihnen gewählten Großfirmen bis in nächster Woche zum Verkauf gelangenden Erbsen und die Hülsenfruchtmehl am Dienstag, den 24. und Mittwoch, den 25. Juni 1919, abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Suppenmehl. Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September/4. November 1915 wird der Verkauf von Suppenmehl wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am Dienstag, den 24. Juni 1919. Für jede Person eines Haushaltes wird ½ Pfund abgegeben. Der Verkaufspreis beträgt 96 Pfg. für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern das Suppenmehl einzukaufen, bei welchen sie zum Bezug von Kolonialwaren in die Kundenliste eingetragen sind. Der Verkauf erfolgt unter Abtrennung der Marke 343 des Warenbezugsscheines 22. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß, Saal links, binnen acht Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. September/4. November 1919.

Die Geschichte zweier Städte.

(69) Roman von Charles Dickens.

Er wußte recht gut, daß er nur halb gehandelt hatte in seinem Entsetzen über die Tat, mit der die schlimmere Tat und der schlimme Ruf seines alten Geschlechts geprunkt hatte, in seinem Argwohn gegen seinen Onkel und in dem Köthchen, mit dem sein Gewissen den zusammenfallenden Bau betrachtet hatte, den man ihm zumutete zu stützen. Er wußte recht gut, daß in seiner Liebe zu Lucien sein Zurückkreten von seiner gesellschaftlichen Stellung — obgleich seinem Geiste keineswegs etwas Neues — übereilt und unverzüglich gewesen war. Er wußte, daß er systematischer und umsichtiger hätte verfahren sollen, und daß er dies beabsichtigt hatte, daß es aber nie dazu gekommen war.

Den Gipfel des englischen Rechtswesens, das er sich begründet, die Notwendigkeit, immer beschäftigt zu sein, die raschen Veränderungen und Unruhen der Zeit, die sich so heftig drängten, daß die Ereignisse dieser Woche die unreifen Pläne der vorigen vernichteten und die Ereignisse der folgenden Woche alles neu gestalteten, waren — wie er recht gut wußte — die Verhältnisse, denen er eben nachgegeben hatte — nicht ohne Sorge, aber doch ohne beständigen und nachhaltigen Widerstand. Daß er auf einen Augenblick zum tätigen Eingreifen gewartet und daß im Wirbel der Ereignisse die Zeit vorübergegangen war und der Adel Frankreich in Scharen verließ, sein Eigentum mit Beschlag belegt und zerstört und sein Name abgeschafft wurde, war ihm so gut bekannt, wie es nur der neuen Gewalt Frankreichs bekannt sein konnte, die ihn vielleicht deshalb anklagte.

Aber er hatte niemandem gedroht, er hatte niemanden eingeschüchtert; so wenig er mit Härte auf die Zahlung dessen, was ihm zugestanden, gedrungen, hatte er alles freiwillig aufgegeben und sich durch eine Kraft eine neue Stellung in der Welt erobert hatte, die ihm Brot gab. Mr. Gabelle hatte die heruntergekommene und überschuldete Besitzung nach schriftlichen Verhaltungsbefehlen verwaltet, die ihm anwiesen, die armen Bauern zu schonen, ihnen das Wenige zu geben, was zu geben war — im Winter so viel Brennholz und im Sommer so viel Getreide, als die dranaerden Gläubiger übrig ließen — und jedenfalls hatte er seiner Sicherheit wegen diesen Umstand dokumentarisch festgestellt, so daß er jetzt zutage kommen mußte.

Diese Rücksichten begünstigten den verzweifelten Entschluß, den Charles Darnay zu fassen begonnen hatte, nämlich nach Paris zu reisen.

Ja Wie den Schiffer in der alten Sage hatten ihn die Winde und Strömungen in den Bereich des Magnetfelsens getrieben, und dieser zog ihn an, und er mußte folgen. Alles, was vor seine Seele trat, trieb ihn rascher und rascher und mit immer steigender Kraft der erschreckenden Anziehungskraft in die Arme. Die in seiner Seele schlummernde Unruhe war es gewesen, daß in seinem unglücklichen Vaterlande schlechte Wertzeuge für schlechte Ziele arbeiteten und daß jeder, der nicht umhin konnte, zu wissen: er sei besser als jene, nicht dort war, um zu versuchen, ob er etwas tun könnte, dem Blutvergießen Einhalt zu tun und die Forderungen der Barmherzigkeit und Menschlichkeit zur Geltung zu bringen. Diese halb unterdrückte und halb ihm Vorwürfe machende Sorge hatte ihn dazu gebracht, einen Vergleich zwischen sich und dem wackeren alten Herrn anzustellen, in dem das Pflichtgefühl so stark war, und unmittelbar auf diesen ihm so nachteiligen Vergleich waren die geringschätzigen Aeußerungen Monseigneurs, die ihn tief verletzten, und die Strypers, die aus allen Gründen doppelt verletzend für ihn waren, erfolgt. Darauf war Gabelles Brief gekommen, der Anruf an seine Gerechtigkeit, seine Ehre und seinen guten Namen von seiten eines unschuldigen in Todesgefahr schwebenden Gefangenen.

Sei Entschluß war gefaßt. Er mußte nach Paris.

Ja. Der Magnetfelsen zog ihn an, und er mußte vorwärts segeln, bis er auf die Klippe lief. Er wußte von keinem Felsen, er sah kaum eine Gefahr. Die Beweggründe, aus denen er gehandelt hatte, wie er getan, selbst wenn er es nur halb getan, zeigten ihm kein Ziel in einem Lichte, das ihn über die möglichen Folgen beruhigte. Dann erschien vor seinen Augen der herrliche Traum, Gutes tun zu können, der so oft die sanguinische Täuschung guter Menschen ist, und er sah sich sogar im Besitz von genügendem Einfluß, um diese wild gewordene Revolution, die so stürmische Pfade wandelte, zu leiten.

Wie er mit bereits gefaßtem Entschluß auf und ab ging, überlegte er, daß weder Lucie noch ihr Vater von seiner Abreise etwas erfahren durften. Lucien mußte der Trennungsschmerz erspart bleiben; und ihr Vater — immer abgeneigt, sich mit den gefährlichen Erinnerungen aus alter Zeit zu beschäftigen — durfte den Schritt erst als einen bereits geschehenen, über den jeder Zweifel beseitigt ist, erfahren. Wieweit von der Halbheit seiner Lage ihrem Vater infolge seiner Abgeneigtheit, alte Erinnerungen an Frankreich in seiner Seele zu wecken, zuzuschreiben war, besprach er jetzt nicht bei sich. Aber auch dieser Umstand hatte Einfluß auf seinen Entschluß.

Er ging, ganz mit seinen Gedanken beschäftigt, auf und ab, bis es Zeit war, wieder zu Tellsons zu gehen und von Mr. Lorry Abschied zu nehmen. Gleich nach seiner Ankunft in Paris wollte er seinen alten Freund aufsuchen; aber jetzt durfte er von seiner Absicht nichts wissen.

Ein Wagen mit Postpferden stand vor der Tür des Geschäfts und Jerry reisefertig davoren.

„Ich habe den Brief abgegeben," sagte Charles Darnay zu Mr. Lorry. „Ich konnte nicht eigenhändigen, Sie mit einer schriftlichen Antwort zu belästigen, aber vielleicht nehmen Sie eine mündliche mit."

„Das will ich — und gern, wenn es nicht gefährlich ist."

„Durchaus nicht, obgleich sie an einen Gefangenen in der Abbaye gerichtet ist."

„Wie heißt er?" fragte Mr. Lorry mit dem geöffneten Taschenbuche in der Hand.

„Gabelle."

„Gabelle. Und was habe ich an den armen Gabelle im Gefängnis auszurichten?"

„Einfach: Daß er den Brief empfangen hat und kommen wird."

„Eine Zeit genannt?"

„Er wird morgen abend seine Reise antreten."

„Genaueres Namen zu nennen?"

„Nein."

Er half Mr. Lorry, sich in seine Angzug Ueberröcke und Mäntel einhüllen und begleitete ihn aus der warmen Atmosphäre des alten Kontors hinaus in die nebligen Luft von Fleet Street.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190623-18/fragment/page=0006